

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
Träger öffentlicher Belange			
1	Landesbetrieb Straßenwesen Stellungnahme vom 13.02.2025	<p>Mit Posteingang vom 12.02.2025 haben Sie Unterlagen zu o.g. Sachverhalt mit der Bitte um Stellungnahme eingereicht.</p> <p>Entsprechend den Unterlagen umfasst der Geltungsbereich verschiedene Gemarkungen: Brück, Neuendorf, Gömnigk und Baitz.</p> <p>Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Potsdam (LS) nimmt wie folgt Stellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der LS stimmt, mit den vorhandenen Unterlagen, dem Flächennutzungsplan der Stadt Brück zu. 	Kenntnisnahme Die Stellungnahme führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.
2	Stadt Bad Belzig Stellungnahme vom 20.02.2025	Die Stadt Bad Belzig bedankt sich für die erneute Beteiligung am Verfahren der 6. Änderung des FNP der Stadt Brück. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung vorgetragenen Belange der Stadt Bad Belzig finden im Entwurf der Begründung Berücksichtigung. Somit werden keine weiteren Hinweise gegeben.	Kenntnisnahme Die Stellungnahme führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.
3	Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz Stellungnahme vom 27.02.2025	<p>Der Wasser- und Bodenverband Nuthe–Nieplitz hat die Unterlagen zum Beteiligungsverfahren dankend erhalten.</p> <p><i>Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) sowie ein Gewässerunterhaltungsverband im Sinne des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) und des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden (GUVG), jeweils in</i></p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme Der Hinweis führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>der geltenden Fassung. Zur Erfüllung ist der Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet worden. Der Verband dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder; er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst. Die Pflichtaufgaben des Verbandes sind satzungsmäßig wie folgt geregelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung gemäß § 79 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BbgWG und die Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen gemäß § 78 Absatz 2 BbgWG hierfür, • Ausgleichsmaßnahmen an Gewässern II. Ordnung, bei nachteiliger Veränderung der Wasserführung gemäß § 77 BbgWG, • die Durchführung der Unterhaltung der im Verbandsgebiet gelegenen Gewässer I. Ordnung gemäß § 79 Absatz 1 Satz 3 BbgWG und die Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen gemäß § 78 Absatz 2 BbgWG hierfür, • die Durchführung der Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen gemäß § 97 Absatz 3 BbgWG, • die dem Verband auf der Grundlage des § 126 Absatz 3 Satz 4 BbgWG durch Rechtsverordnung übertragenen Aufgaben. <p>Im Zuge der Aufforderung zur Stellungnahme geben wir für den Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Zum Beteiligungsverfahren geben wir folgende Stellungnahme ab:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. An allen Gewässern ist nach § 38 WHG ein Gewässerrandstreifen im Außenbereich von 5 m 	<p>Der Hinweis findet Berücksichtigung. Er wird in die Begründung übernommen und ist im</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Breite freizuhalten. Die Breite gilt jeweils auf beiden Seiten des Gewässers. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen sind u.a. im Gewässerrandstreifen verboten.</p> <p>2. Gewässerrandstreifen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile werden nach § 38 Abs. 3 WHG durch die zuständige Behörde mit einer angemessenen Breite festgesetzt und sollte eine Breite von 5 m betragen. Der Zugang für Maschinenteknik z.B. Traktor muss am gesamten Gewässer gewährleistet bleiben.</p> <p>3. Nach § 41 Abs. 2 sind Handlungen zu unterlassen, die die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würden.</p> <p>4. Aufgrund der zunehmenden Witterungsextreme wird empfohlen, festgesetzte Überschwemmungsgebiete im Sinne § 76 Absatz 2 Wasserhaushaltsgesetz nachrichtlich zu übernehmen. Noch nicht festgesetzte Überschwemmungsgebiete im Sinne des § 76 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie als Risikogebiete im Sinne des § 73 Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes bestimmte Gebiete sollten im Flächennutzungsplan vermerkt werden.</p> <p>5. Neueinleitungen von Niederschlagswasser von Straßen, befestigten Flächen, Bauten, etc. in</p>	<p>Rahmen der weiterführenden Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung. Er wird in die Begründung übernommen und ist im Rahmen der weiterführenden Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung. Er wird in die Begründung übernommen und ist im Rahmen der weiterführenden Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Kenntnisnahme Die vorliegende Flächennutzungsplanänderung beinhaltet keine Ausweisung von Überschwemmungsgebieten, da nicht das gesamte Gemeindegebiet in die Änderung einbezogen wird. Bezogen auf die einzelnen Kartenausschnitte wird der Sachverhalt geprüft und ggf. eine Anpassung vorgenommen.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung. Er wird in die Begründung übernommen und ist im</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Oberflächengewässer bedürfen einer Erlaubnis. Hierfür ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen. Die UWB ist Erlaubnisgeber.</p> <p>6. Neueinleitungen von Wasser in ein Gewässer bedürfen ebenfalls einer Erlaubnis. Hierfür ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen. Die UWB ist Erlaubnisgeber. Der Gewässerausbau bedarf der Planfeststellung.</p> <p>7. Bestehende Zufahrten, Durchfahrten, Zugänge, Zuwegungen, etc. für die Gewässerunterhaltung sind zu erhalten. Bei Neuanlagen bzw. Umbauten sind Art und Weise der Ausführung auf folgende Fahrzeuge abzustellen: Traktoren mit Anbaugeräten bis 17 t, Ketten- und Mobilbagger bis 22 t Gesamtgewicht.</p> <p>Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.</p>	<p>Rahmen der weiterführenden Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung. Er wird in die Begründung übernommen und ist im Rahmen der weiterführenden Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung. Er wird in die Begründung übernommen und ist im Rahmen der weiterführenden Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
4	Landesamt für Bauen und Verkehr Stellungnahme vom 04.03.2025	<p>Den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß "Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren" (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15. Juli 2015, S. 575) geprüft.</p> <p>Ziel der Planung ist eine geordnete städtebauliche Entwicklung der Stadt sowie die Aktualisierung und Zusammenführung vorangegangener Planungen unter</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Sachlich richtig.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Berücksichtigung der vorliegenden verbindlichen Bauleitplanungen.</p> <p>Die gegenüber dem Vorentwurf zwischenzeitlich in die Planungsunterlagen eingearbeiteten Änderungen habe ich zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gegen die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplans bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschiffahrt, ziviler Luftverkehr und übriger ÖPNV weiterhin keine Einwände.</p> <p>Ob und in welchem Umfang Belange der v. g. Bereiche im Einzelnen berührt sein könnten, wird bzw. wurde im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung geprüft.</p> <p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme Der Hinweis führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.</p> <p>Kenntnisnahme Die Anregung führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.</p> <p>Kenntnisnahme Der Hinweis findet im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung.</p>
5	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Stellungnahme vom 11.03.2025	<p>A Allgemeine Angaben</p> <p>6. Änderung Flächennutzungsplan Stadt Brück</p> <p>Ihr Schreiben (E-Mail) vom 12. Februar 2025 – Rösicke</p> <p>Anhørungsfrist: 21. März 2025</p> <p>im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR)</p>	<p>Sachlich richtig.</p> <p>Kenntnisnahme Der Hinweis führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:</p> <p>B Stellungnahme</p> <p>1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:</p> <p>Keine.</p> <p>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:</p> <p>Keine.</p> <p>3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:</p> <p>Bergbauberechtigungen</p> <p>Die angezeigten Änderungsbereiche K1, K2, K4 und K6 bis K11 befinden sich vollständig und der Änderungsbereich K5 teilweise innerhalb des Feldes der Bewilligung „Belzig-Nord B (22- 1480)“, welche die Inhaberin der Bergbauberechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung des im Feld lagernden Bodenschatzes (Sole) berechtigt (Übersichtskarte, Anlage).</p> <p>Die Bewilligung wurde am 11.02.1999 von der Bergverwaltung erteilt und ist aktuell bis zum</p>	<p>Kenntnisnahme Der Hinweis führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.</p> <p>Kenntnisnahme Der Hinweis führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.</p> <p>Kenntnisnahme Der Hinweis führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>11.02.2049 befristet. Die Möglichkeit einer Verlängerung ist auf der Grundlage von § 16 Abs. 5 BBergG gegeben.</p> <p>Eine Bewilligung wird durch Artikel 14 GG als eigentumsrechtliche Position geschützt. Auf das Recht aus der Bewilligung sind die für Ansprüche aus dem Eigentum geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend anzuwenden. Die bergbaulichen Interessen sind somit bei behördlichen Entscheidungen und dem Erlass von Regelungen, die die bergbaulichen Tätigkeiten ausschließen oder einschränken, im Rahmen einer Abwägung zu berücksichtigen.</p> <p>Die aktuelle Inhaberin der o. g. Bewilligung ist die</p> <p>Bad Belzig Kur GmbH Am Kurpark 15 14806 Bad Belzig</p> <p>Aus Bergrechtsamtssicht stehen dem Vorhaben keine Belange entgegen.</p> <p>Geologie:</p> <p>Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.</p> <p>Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur</p>	<p>Kenntnisnahme Der Hinweis führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.</p>


Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).</p> <p>Auf das Anzeigeportal des LBGR https://bohranzeige-brandenburg.de wird verwiesen.</p> <p>Bergaufsicht/ Steine- und Erdenbergbau:</p> <p>Südlich der Änderungsbereiche K8 und K2 liegt der Kiessandtagebau Linthe (Betriebsstättennummer I05) der Max Bögl Stiftung & Co. KG (Sitz: Sengenthal). Im Kiessandtagebau finden Gewinnungstätigkeiten auf der Grundlage eines nach § 52 BBergG zugelassenen Hauptbetriebsplanes statt (Übersichtskarte, Anlage).</p> <p>Es wird empfohlen, die Bergbauunternehmer am Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Gegen das Vorhaben bestehen aus der Sicht des LBGR auch aufgrund der Entfernung zu den Änderungsbereichen keine Einwände. Das LBGR ist jedoch zukünftig bei konkreten Vorhaben im Bereich der Kiessandtagebaue weiterhin zu beteiligen.</p> <p>Hinweise:</p> <p>Innerhalb des LBGR wird die Bearbeitung / Darstellung des TöB – Beteiligungsprozesses komplett digital abgebildet. Für eine effiziente, widerspruchsfreie und fristgerechte Bearbeitung des TöB – Prozesses im LBGR ist es dabei notwendig, das Datenaustauschformat XPlanung zur Unterstützung eines verlustfreien Austausches von</p>	<p>Kenntnisnahme Der Hinweis führt nicht zur Änderung der Planunterlagen.</p> <p>Der Hinweis findet im weiteren Verfahren Berücksichtigung</p> <p>Der Hinweis findet im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung.</p> <p>Der Hinweis findet im weiteren Verfahren Berücksichtigung.</p>


Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Bauleitplänen, Raumordnungsplänen und Landschaftsplänen zwischen unterschiedlichen IT-Systemen zu nutzen. Dieses Format ist seit dem 5. Oktober 2017 vom IT-Planungsrat gemäß §12 des Gesetzes über die elektronische Verwaltung im Land Brandenburg (Brandenburgisches E-Government-Gesetz - BbgEGovG) verbindlich als Austauschstandard im Planungsbereich festgelegt worden. Ergänzend besteht die Möglichkeit, die Planungsflächen bei Beteiligungsverfahren als GIS Standard shape EPSG – Code 25833 zu übersenden.</p> <p>Eine Übersendung einfacher pdf-Dokumente als Planungsgrundlage und Darstellung der Planungsflächen genügt diesen Ansprüchen nicht! Zur weiteren Generalisierung des TöB-Prozesses ist zukünftig bei Beteiligungen des LBGR, vorrangig das Bauleitplanungsportal des Landes Brandenburg und zwingend die E-Mail-Adresse lbgr@lbgr.brandenburg.de zu nutzen. Nur unter dieser E-Mail-Adresse ist ein ständiger Datenabruf im Vertretungs- oder Krankheitsfall etc. gewährleistet.</p> <p>Durch die zunehmende Anzahl von Beteiligungen des LBGR an Bauleitplanungsverfahren, ist eine fristgerechte Bearbeitung der TöB – Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach dem Baugesetzbuch im Land Brandenburg (TöB-Runderlass - TöB-RdErl) nur unter den Voraussetzungen einer digitalen Datenbereitstellung der Planungsflächen möglich.</p>	
6	LB Forst Brandenburg Untere Forstbehörde, Forstamt Potsdam-	Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren	Sachlich richtig.

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
	Mittelmark Stellungnahme vom 12.03.2025	<p>gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.</p> <p>a) Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)</p> <p>a) Einwendungen:</p> <p>Es besteht ein genereller Widerspruch zu den beabsichtigten Planungen hinsichtlich von Waldinanspruchnahmen und den vorangestellten Zielsetzungen der Landesentwicklungsplanung (LEP HR):</p> <p>Beispiel (auszugsweise); „8. Klima, Hochwasser und Energie G 8.1 Klimaschutz, Erneuerbare Energien (2) Ökosysteme wie Wälder, Moore und Feuchtgebiete sollen als natürliche Kohlenstoffsinken zur CO₂-Speicherung erhalten und entwickelt werden.“</p>	<p>Kenntnisnahme Neben dem angeführten Beispiel 8. Klima, Hochwasser und Energie ist für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brück auch das Kapitel 5 Siedlungsentwicklung des LEP HR heranzuziehen. Bereits im Landesentwicklungsprogramm (LEPro 2007), § 5 Siedlungsentwicklung wird als Grundsatz der Raumordnung folgendes ausgeführt: Absatz 1: Die Siedlungsentwicklung soll auf Zentrale Orte und raumordnerisch festgelegte Siedlungsbereiche ausgerichtet werden. [...], ergänzend wird im Absatz 2 ausgeführt, dass die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung haben soll. Dabei sollen die Erhaltung und Umgestaltung des baulichen Bestandes in vorhandenen Siedlungsbereichen und die Reaktivierung von Siedlungsbrachflächen bei der Siedlungstätigkeit Priorität haben Im LEP HR, Grundsatz G 5.1 Innenentwicklung und Funktionsmischung Absatz 1 heißt es wie folgt: Die Siedlungsentwicklung soll unter Nutzung von Nachverdichtungspotenzialen innerhalb vorhandener</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Von den Planungen zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Brück ist Wald gemäß § 2 LWaldG betroffen.</p> <p>Auf folgenden Waldflächen ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung von Bauvorhaben vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Gemarkung Neuendorf, Flur 3, Flurstücke 298 und 300 (K 5/G) – ca. 2,14 ha – Gemarkung Gömnigk, Flur 1, Flurstück 63 (K6/W7) – ca. 0,19 ha – Gemarkung Baitz, Flur 4, Flurstück 130 (K 7/W9) – ca. 1,06 ha – Gemarkung Brück, Flur 3, Flurstück 979 und 233/7 (K1 0/W6) – ca. 2,16 ha – insgesamt ca. 5,55 ha <p>Lt. den Entwurfsunterlagen sollen ca. 5,55 ha Forstflächen mit dem Ziel der Nutzungsartenänderung in</p>	<p>Siedlungsgebiete sowie unter Inanspruchnahme vorhandener Infrastruktur auf die Innenentwicklung konzentriert werden. Dabei sollen die Anforderungen, die sich durch die klimabedingte Erwärmung insbesondere der Innenstädte ergeben, berücksichtigt werden.</p> <p>In Absatz 2 wird darauf verwiesen, dass die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung und Erholung einander räumlich zugeordnet und ausgewogen entwickelt werden sollen.</p> <p>Ferner ist das Ziel Z 5.7 zu weiteren Schwerpunkten der Wohnsiedlungsflächenentwicklung heranzuziehen. Demnach sind weitere Schwerpunkte der Wohnsiedlungsflächenentwicklung die gemäß Z 3.3 festgelegten Grundfunktionalen Schwerpunkte, zu denen auch die Stadt Brück gehört.</p> <p>Sachlich richtig.</p> <p>Sachlich richtig. Der Hinweis findet im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. in konkreten</p>


Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Wohnbauflächen bzw. gewerbliche Bauflächen überplant werden.</p> <p>Für die damit einhergehenden dauerhafte Waldumwandlungen ist die Genehmigung der unteren Forstbehörde nach § 8 Abs. 1 Satz 1 LWaldG erforderlich.</p> <p>Diese kann im Rahmen eines forstrechtlich qualifizierten Bebauungsplans mit Festsetzung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (§ 8 Abs. 2 Satz 3 LWaldG) oder im konzentrierenden Baugenehmigungsverfahren erteilt werden.</p> <p>Art und Umfang der erforderlichen Kompensation werden im jeweiligen Verfahren durch die zuständige Forstbehörde festgelegt.</p> <p>Zu der Planungen in der Gemarkung Gömnigk, Flur 1, Flurstück 63 (K6/W7) und in der Gemarkung Baitz, Flur 4, Flurstück 130 (K 7/W9) wird auf die Ausführungen in der Stellungnahme des Landesbetriebes Forst vom 08.06.2023 Bezug, die bereits in der Abwägung (Stand 18.01.2024) berücksichtigt wurden, Bezug genommen.</p> <p>Die Überplanung der Waldfläche als Wohnbaufläche im Bereich „Kastanienviertel“ (Gemarkung Brück, Flur 3, Flurstücke 979 und 233/7) steht im Gegensatz zu den Aussagen in der Begründung zum Planentwurf bzgl. des Walderhaltes:</p> <p><i>„Die vorhandenen Wege innerhalb des Areals weisen darauf hin, dass das Gebiet von den Einwohnern als Erholungswald genutzt wird, was auch bei einer Begehung beobachtet werden konnte. Darüber hinaus besitzt Wald eine Klimaschutzfunktion (Kaltluftentstehungsgebiet), die gerade in Zeiten zunehmender Klimaveränderungen zu berücksichtigen</i></p>	<p>Genehmigungsverfahren Berücksichtigung.</p> <p>Sachlich richtig. Dem Hinweis aus der Stellungnahme vom 08.06.2023 wurde Folge geleistet.</p> <p>Eine Anpassung der Planunterlagen wird vorgenommen. Unter Berücksichtigung der Waldfunktionskartierung und aufgrund des Vorhandenseins geeigneter bewaldeter Flächen im Gemeindegebiet, wird die Überplanung der Waldflächen in eine Wohnbaufläche im Bereich des Kastanienviertels in Brück nicht weiter verfolgt.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p><i>ist, und daraus folgend Wälder vor allem auch innerstädtisch zu erhalten sind. Perspektivisch könnte man den Wald durch eine Unterpflanzung mit Laubgehölzen aufwerten. "</i></p> <p>Die Waldfunktionskartierung weist für das Waldgebiet im Planbereich „Kastanienviertel“ die Waldfunktion WF 3100 - Lokaler Klimaschutzwald aus.</p>  <p>Gemarkung Brück Flur 3, Flurstücke 979 und 233/7 K 10: „Kastanienviertel“ Inanspruchnahme von Wald mit nicht kompensierbarer WF 3100 – Lokaler Klimaschutzwald</p> <p>Im Bereich der geplanten gewerblichen Baufläche, Gemarkung Neuendorf, Flur 3, Flurstücke 298 und 300 ist die Waldfunktion WF 3300 — Lärmschutzwald kartiert.</p>	<p>Sachlich richtig. Die Ortslage Neuendorf ist ein Ortsteil der Stadt Brück. Der Änderungsbereich in der Gemarkung Neuendorf benötigt die Zuwegung von der B 246 zwingend für eine gesicherte Erschließung und städtebaulich sinnvolle Entwicklung des geplanten Wohngebietes. Die Erschließung über die Flurstücke 298 und 297 wird beibehalten.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		 <p>Gemarkung Neuendorf, Flur 3, Flurstücke 298 und 300 K 5: Planzeichnung Neuendorf Gewerbefläche Inanspruchnahme von Wald mit nicht kompensierbarer WF 3300 - Lärmschutzwald</p> <p>Diese WF fallen unter die Kategorie der nicht kompensierbaren Waldfunktionen; d. h. die Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart ist nicht genehmigungsfähig, sofern nicht ein besonderes öffentliches Interesse das öffentliche Interesse am Walderhalt überwiegt.</p> <p>Das besondere öffentliche Interesse, das eine Waldumwandlung begründet, ist für die betreffenden Bereiche darzulegen.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob andere geeignete Nichtwaldflächen zur Verfügung stehen, die vorrangig für die Realisierung der Vorhaben herangezogen werden können.</p> <p>Es ist zu beachten, dass in urbanen Bereichen etablierte Waldflächen nicht als wohnbauliche Nachverdichtungs-</p>	<p>Die dazu erforderliche Waldumwandlung ist im Rahmen der weiterführenden Planungen anhand eines forstrechtlich qualifizierten Bebauungsplanes durchzuführen und es ist für die in Anspruch genommenen Waldflächen perspektivisch gleichwertiger Ersatz zu schaffen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der Waldfunktionskartierung wird die Überplanung der Waldflächen in der Gemarkung Neuendorf, Flur 3, FLS 300 für eine gewerbliche Baufläche nicht weiter verfolgt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Planunterlagen werden im weiteren Planverfahren entsprechend ergänzt.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung. Die Planunterlagen werden dahingehend ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme Die Stadt Brück hat sich aufgrund der</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>bzw. Entwicklungspotentiale dienen. Ausnahmen könnten nur einzelne kleinteilige Lückenbestände ohne besondere Waldfunktionen bilden.</p> <p>Als forstfachlich kritisch wird die bei einer Waldinanspruchnahme im Zuge der Planungen „Kastanienviertel“ verbleibende ca. 3.000 m² große Restwaldflächen der Abteilung 4420 b1, auf dem Flurstück 230/35, Flur 3 der Gemarkung Brück eingeschätzt. Diese würde durch den geplanten Wohnkomplex vollständig separiert, inmitten der Bebauung verbleiben. (siehe Anlage)</p> <p>Auch bei der Planfläche für Gewerbe in der Gemarkung Neuendorf würde auf dem Flurstück 296, Flur 3, ein Restbestand von ca. 6.000 m² entstehen, Dieses Areal ist im Planentwurf aktuell als Grünfläche abgebildet, obwohl es sich um Wald i.S.d. LWaldG handelt. (siehe Anlage) Dementsprechend ist diese Fläche als Wald darzustellen.</p> <p>b) Rechtsgrundlagen: Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. 1 Nr. 6, S. 137), in der derzeit geltenden Fassung</p> <p>c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahme von Befreiungen):</p>	<p>Waldfunktionskartierung dazu entschlossen, die Waldumwandlung im Bereich des Kastanienviertels in Wohnbauflächen nicht weiter zu verfolgen und sich bei der Festlegung von Wohnbauflächen auf unbewaldete Flächen zu konzentrieren.</p> <p>Kenntnisnahme Da die Umnutzung der Waldfläche bezogen auf das Kastanienviertel nicht weiter verfolgt wird, ist der nebenstehende Hinweis nicht mehr von Belang.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung. Eine Ausweisung der benannten Grünfläche wird als Wald vorgenommen.</p> <p>Das Waldgesetz des Landes Brandenburg findet Berücksichtigung.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Vorhaben mit überwiegend öffentlichem Interesse können im Ergebnis der Einzelfallbetrachtung im Rahmen der Abwägung hinsichtlich einer Nutzungsartenänderung zulässig sein, sofern sie dem Walderhalt als öffentlichen Belang nicht entgegen stehen.</p> <p>2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</p> <p>a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen: keine-</p> <p>b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung: -keine-</p> <p>3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</p> <p>a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Festlegung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen: - keine –</p> <p>b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme: - keine –</p> <p>4. Weitergehende Hinweise:</p> <p>- Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Eine nicht von den Planänderungen betroffene</p>	<p>Der Hinweis findet im weiteren Planverfahren Berücksichtigung. Sofern eine Inanspruchnahme von Waldflächen erforderlich ist, wird das besondere öffentliche Interesse dargelegt. Die erforderliche Waldumwandlung ist im Rahmen der weiterführenden Planungen anhand eines forstrechtlich qualifizierten Bebauungsplanes durchzuführen und es ist für die in Anspruch genommenen Waldflächen perspektivisch gleichwertiger Ersatz zu schaffen</p> <p>Kenntnisnahme der Punkte 2. und 3. Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Fläche in Brück-Ausbau ist als Grünfläche dargestellt. Es handelt sich bei der Teilfläche des Flurstücks 41, Flur 18 der Gemarkung Brück um Wald i. S. d. LWaldG. (siehe Anlage) Diese Fläche ist als Wald im Flächennutzungsplan auszuweisen.</p>  <p>Gemarkung Brück, Flur 18, Flurstück 41 Der südliche Teilbereich des Flurstücks ist Wald i.S.d. LWaldG.</p>	<p>Die bisher ausgewiesene Grünfläche wird als Wald dargestellt.</p>
7	<p>Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming Stellungnahme vom 12.03.2025</p>	<p>Ich bedanke mich für die Beteiligung am o.g. Planverfahren und nehme wie folgt Stellung:</p> <p>1. Formale Hinweise</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 08. Februar 2012 (GVBl. I. Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Mai 2024 (GVBl. I</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Nr. 20), Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.</p> <p>Die Satzung über den Sachlichen Teilplan Grundfunktionale Schwerpunkte wurde mit Bescheid vom 12. November 2020 von der gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 23. Dezember 2020 trat der Sachliche Teilplan in Kraft.</p> <p>Die Regionalversammlung Havelland-Fläming hat am 27. Juni 2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 28 vom 24. Juli 2019 bekannt gemacht.</p> <p>In der 6. öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung am 18. November 2021 wurde der Entwurf des Regionalplans Havelland Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021, bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt. Die Regionalversammlung hat zudem beschlossen, für den Entwurf des Regionalplans das Beteiligungsverfahren sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG durchzuführen. In diesem Verfahren bestand bis zum 09. Juni 2022 die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme.</p> <p>Am 17. November 2022 hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming den Beschluss gefasst, die</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Das Amt Brück hatte in dem benannten Verfahren eine Stellungnahme abgegeben.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>K2: Feldstraße / Neunruten (Gartenstraße-West)</p> <p>Gemäß dem Entwurf des Regionalplans 3.0 befinden sich die Änderungsbereiche überwiegend in einem Vorbehaltsgebiet Siedlung. Das Planvorhaben steht hier in Übereinstimmung mit den regionalplanerischen Belangen.</p> <p>K3: Brück Ausbau</p> <p>Gemäß dem Entwurf des Regionalplans 3.0 befinden sich die Änderungsbereiche zur Schaffung von Wohnbauflächen nahezu vollständig in einem Vorbehaltsgebiet Siedlung. Das Planvorhaben steht hier in Übereinstimmung mit den regionalplanerischen Belangen.</p> <p>K4: Karl-Friedrich-Straße</p> <p>Gemäß dem Entwurf des Regionalplans 3.0 befinden sich die Änderungsbereiche zur Schaffung von Wohnbauflächen vollständig in einem Vorbehaltsgebiet Siedlung. Das Planvorhaben steht hier in Übereinstimmung mit den regionalplanerischen Belangen.</p> <p>K5: Neuendorf</p> <p>Gemäß dem Entwurf des Regionalplans 3.0 befinden sich die Änderungsbereiche zur Schaffung von Wohnbauflächen nahezu vollständig in einem Vorbehaltsgebiet Siedlung. Das Planvorhaben steht hier in Übereinstimmung mit den regionalplanerischen Belangen. Der Bereich der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4 BauGB) werden</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>im zweiten Entwurf des Regionalplans 3.0 aus dem Festlegungsbereich Vorbehaltsgebiet Siedlung herausgenommen. Im Bereich der gewerblichen Baufläche werden im Entwurf des Regionalplans 3.0 keine Festlegungen getroffen.</p> <p>K6: Gömnigk</p> <p>Gemäß dem Entwurf des Regionalplans 3.0 befinden sich die Änderungsbereiche zur Schaffung von Wohnbauflächen nahezu vollständig in einem Vorbehaltsgebiet Siedlung. Das Planvorhaben steht hier in Übereinstimmung mit den regionalplanerischen Belangen.</p> <p>K7: Baitz</p> <p>Regionalplanerische Belange sind von dem Vorhaben im Rahmen der Innenentwicklung nach § 34 BauGB nicht berührt.</p> <p>K8: PV-Anlage Gewerbegebiet</p> <p>Regionalplanerische Belange sind nicht berührt.</p> <p>K9: Erweiterung Gewerbegebiet Brück</p> <p>Im Abschnitt 6.3.1 der Planbegründung werden die Standortkriterien für eine Festlegung großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte gemäß dem landesplanerischen Ziel 2.3 (LEP-HR) zu Grunde gelegt. Die mit der Erweiterung des Gewerbegebietes Brück erkennbar verfolgte Planungsabsicht, die Flächen bedarfsgerecht kleinteilig zu entwickeln, steht nicht in</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Der Sachverhalt wird geprüft. Die hier geplante gewerbliche Baufläche wurde aufgrund vorhandener Flächen des Freiraumverbunds verringert, so dass Konflikte und Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können. Die geänderten Planungsabsichten mit der</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Übereinstimmung mit einer Festlegung der Fläche als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort, da diese von kleinteiliger Entwicklung freizuhalten sind und nur von großflächigen gewerblich-industriellen Ansiedlungen mit einem Flächenbedarf von 100 Hektar als Orientierungswert in Anspruch genommen werden können.</p> <p>Die geplante Gewerbefläche entspricht insbesondere in Bezug auf die Flächengröße nicht den Anforderungen großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte gemäß dem landesplanerischen Ziel 2.3 (LEP-HR) und ist im Entwurf des Regionalplans 3.0 auch nicht für eine solche Festlegung vorgesehen.</p> <p>Von einer Festlegung als gewerbliche Baufläche sind sonst keine regionalplanerischen Belange berührt.</p> <p>Hinweis: Auf Seite 26 der Planbegründung wird auf den „3. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes 3.0 für die Planungsregion Havelland-Fläming (Stand Entwurf Oktober 2021)“ verwiesen. Richtig ist, dass es sich bei dem Planwerk um den 1. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 handelt.</p> <p>K10: Lindenstraße / Kastanienviertel</p> <p>Gemäß dem Entwurf des Regionalplans 3.0 befindet sich der Änderungsbereich zur Schaffung von Wohnbauflächen mit hohem Baumanteil vollständig in einem Vorbehaltsgebiet Siedlung. Das Planvorhaben steht hier in Übereinstimmung mit den regionalplanerischen Belangen. Im zweiten Entwurf des Regionalplans 3.0 wird der Festlegungsbereich der</p>	<p>Gebietsverkleinerung wurde der Regionalen Planungsgemeinschaft mit Schreiben vom 02.04.2025 mitgeteilt.</p> <p>Die Begründung wird entsprechend angepasst.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung. Der Passus wird in der Begründung korrigiert.</p> <p>Kenntnisnahme Laut Stellungnahme des Forstamtes Potsdam-Mittelmark handelt es bei einem Teil der Fläche gemäß Waldfunktionskartierung um einen lokalen Klimaschutzwald (Waldfunktion WF 3100). So dass sich die Stadt Brück dazu entschlossen hat, die Flächen nicht mehr für eine Bebauung in Anspruch zu nehmen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Vorbehaltsgebiete Siedlung an die Planungsabsicht der Stadt Brück angepasst, auch südlich der Lindenstraße eine weitere Wohnbaufläche zu schaffen.</p> <p>K11: Brück Straße der Einheit</p> <p>Gemäß dem Entwurf des Regionalplans 3.0 befinden sich die Änderungsbereiche zur Schaffung von Wohnbauflächen nahezu vollständig in einem Vorbehaltsgebiet Siedlung. Das Planvorhaben steht hier in Übereinstimmung mit den regionalplanerischen Belangen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>
8	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR Stellungnahme vom 19.03.2025	<p>Die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachträglich ihre Stellungnahme zum o.g. Verfahren:</p> <p>Ziel der Planung ist eine geordnete städtebauliche Entwicklung und die Ausweisung insbesondere neuer Wohnbauflächen. Von der Änderung des Flächennutzungsplans sind Flächen innerhalb der Gemarkungen Brück, Neuendorf, Gömnigk und Baitz betroffen. Durch Neuausweisung zusätzlicher Flächen und Flächenverdichtungen für Wohnen und Gewerbebebauung wird der Charakter des Ortes deutlich verändert.</p> <p>Die Inanspruchnahme bzw. Überbauung von Gehölzbeständen und Waldflächen ist vor dem Hintergrund des Klimawandels grundsätzlich abzulehnen. Auch die Inanspruchnahme bzw. Überbauung von Grünflächen ist kritisch zu betrachten. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass vor Bäumen im Siedlungsraum aufgrund ihrer vielfältigen klimatischen</p>	<p>Sachlich richtig.</p> <p>Der Hinweis findet unter Berücksichtigung weiterer Stellungnahmen zum Verfahren teilweise Berücksichtigung. Flächen, die im Rahmen der Waldfunktionskartierung mit einer besonderen Schutzfunktion belegt sind, werden in der Planung nicht weiter verfolgt. Dies betrifft die Wohnbaufläche Kastanienviertel und die geplante</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>und biologischen Funktionen den Charakter lokaler öffentlicher Güter haben sollten. Ersatzpflanzungen, die erst nach Jahren die entsprechende Wirksamkeit erreichen, können den Verlust vorhandener Gehölzstrukturen auch vor dem Hintergrund des steten Artenrückgangs nicht kompensieren. In diesem Zusammenhang ist vor allem auch die Klimaschutzfunktion (Kaltluftentstehungsgebiet) von Wald zu sehen. Zusammen mit der Erholungsfunktion tragen diese Flächen vor allem im innerstädtischen Raum erheblich zur Lebensqualität bei. Grundsätzlich sollte die Bebauung dem Gehölzbestand angepasst werden, nicht umgekehrt. Zudem ist dem Grundsatz vom sparsamen Umgang mit Grund und Boden Rechnung zu tragen.</p> <p>Besondere Aufmerksamkeit ist dem Schutzgut Wasser zu geben. Der Rückhalt von Niederschlagswasser muss oberste Priorität haben. Aufgrund der baulichen Verdichtung und Nutzung ist deshalb ein Regenwassermanagement erforderlich, dass auf einen verstärkten Rückhalt und Versickerung ausgerichtet werden muss und eine Ableitung in Oberflächengewässer vermieden. Hochwassergefährdete (z.B. Senken) und grundwassernahe Standorte sind daher von einer Überbauung vorsorglich auszuschließen.</p> <p>Unsere in der Stellungnahme vom 26.06.2025 geäußerten Bedenken behalten ihre Gültigkeit. So ist in der Planung noch nicht ersichtlich, ob im Zuge der Erhöhung der Bebauung und der erwarteten Erhöhung der Einwohnerzahl auch Veränderungen der Infrastruktur zu erwarten sind. Wir bitten um die Beantwortung der Fragen unserer Stellungnahme vom 26.06.2025. Auch unsere Bedenken der Stellungnahme vom 26.06.2025 bezüglich der beiden erwähnten Gebiete (Ausweitung der Bebauung im Ortsteil Gömnigk „An der Bahn“,</p>	<p>gewerbliche Baufläche im Ortsteil Neuendorf. Alle übrigen Waldflächen unterliegen keinem besonderen Schutz. Bei einer tatsächlichen Bebauung ist bei der zuständigen Forstbehörde ein Waldumwandlungsantrag zu stellen und der Kompensationsbedarf festzulegen. Hinsichtlich weiterer Flächeninanspruchnahmen ist der vorhandene Gehölzbestand nach Möglichkeit zu erhalten.</p> <p>Diesem Sachverhalt ist im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung und bei sich anschließenden Genehmigungsplanungen besondere Bedeutung beizumessen.</p> <p>Im Land Brandenburg ist die Niederschlagsversickerung im Brandenburgischen Wassergesetz (<u>BbgWG</u>) sowie im novellierten bundesweiten Wasserhaushaltsgesetz (WHG) geregelt, das die ortsnahe Versickerung anordnet.</p> <p>Wie in der Begründung ausgeführt wurde, beruhen die Planungen zur Ausweisung von Wohnbauflächen auf den Festlegungen des LEP HR.</p> <p>Zu berücksichtigen ist ferner, dass insbesondere mit den Ausweisungen im Zentrum von Brück und der Festlegung des zentralen Versorgungsbereiches die Infrastruktur gestärkt werden soll.</p> <p>Das Abwägungsprotokoll zum Vorentwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes würde übergeben. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Erweiterung des Wohngebietes Gänsematen/ Gartenstraße) wurden noch nicht geklärt.</p> <p>In den Abbildungen zur 6. Änderung des Flächennutzungsplans sind teils anscheinend geschützte Elemente dargestellt, welche textlich nicht näher besprochen werden (z.B. Abbildung 5). Wir bitten um Aufklärung über diese Elemente.</p> <p>Allgemein lehnen wir die Überbauung von Gehölzbeständen und Waldflächen grundsätzlich ab. Daher widersprechen wir der Planung zum Kastanienviertel (Wohnbaufläche W9), im Zuge welcher bisher als Wald ausgewiesene als Wohnbaufläche ausgewiesen werden soll. Außerdem kann die Aussage der 6. Änderung des Flächennutzungsplans auf Seite 24:“ Nach gegenwärtigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass die benannten Schutzgebiete durch die geplante Ausweisung und späteren Bebauung der Wohnbaufläche nicht beeinträchtigt werden.“, nicht nachvollzogen werden. Aufgrund des geringen Abstandes (635 m) zum FFH-Gebiet Plane Oberlauf ist eine FFH-Vorprüfung durchzuführen.</p>	<p>benannte Stellungnahme das Datum vom 26.06.2023 hat. Die darin enthaltenen Fragen wurden in dem benannten Abwägungsprotokoll hinreichend beantwortet.</p> <p>Bei den genannten Elementen handelt es sich um Übernahmen aus dem wirksamen Flächennutzungsplan, die nicht Gegenstand der vorliegenden 6. Änderung sind. Auskünfte welche Elemente diese enthalten, sind dem wirksamen Flächennutzungsplan zu entnehmen. Dieser kann auf der Internetseite des Amtes Brück eingesehen werden.</p> <p>Wie sich im Planverfahren zwischenzeitlich herausgestellt hat, handelt es sich bei den überplanten Flächen um einen lokalen Klimaschutzwald. Gleiches trifft auf die gewerbliche Baufläche in der Gemarkung Neuendorf, zu. Diese Fläche ist in der Waldfunktionskartierung als Lärmschutzwald kartiert.</p> <p>Unter Berücksichtigung dieser wird die Überplanung der Waldflächen in eine Wohnbaufläche im Bereich des Kastanienviertels in Brück und der Gemarkung Neuendorf, Flur 3, FLS 298 und 300 für eine gewerbliche Baufläche nicht weiterverfolgt.</p> <p>Hinsichtlich der FFH-Verträglichkeit wird nach gegenwärtigem Kenntnisstand davon ausgegangen, dass die Schutz- und Erhaltungsziele des FFH-Gebietes Plane Oberlauf allein durch die Ausweisung der Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan in einem Abstand von ca. 635 m nicht beeinträchtigt werden. Da es im Stadium der Aufstellung von Bauleitplänen, insbesondere bei der Flächennutzungsplanung noch an den notwendigen Detailkenntnissen zur Durchführung der FFH-Verträglichkeitsprüfung fehlt, wird von dieser abgesehen. Eine FFH-Verträglichkeitsvorprüfung kann frühestens im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (B-Plan) erfolgen. Es wird darauf verwiesen, dass das</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Aufgrund des Eingriffs in das Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften und das Landschaftsbild können wir dem Vorhaben zu Brück Zentrum (Wohnbaufläche W1) nicht zustimmen, solange die naturschutzrechtlichen Belange nicht geklärt sind.</p> <p>Bei der Planung zur Feldstraße (Wohnbaufläche W2), Neunruten (Gartenstraße-West (Wohnbaufläche W3), Gömnigk (Wohnbaufläche W7) und Baitz (Wohnbaufläche W9) ist die Nähe zum Landschaftsschutzgebiet, Naturschutzgebiet und Vogelschutzgebiet Belziger Landschaftswiesen zu beachten und negative Auswirkungen auf die Schutzgebiete auszuschließen. Empfehlenswert wäre die Anlage und Pflege einer ausreichenden Pufferzone zu den Schutzgebieten.</p>	<p>Bundesverwaltungsgericht anerkennt, dass die Prüfungsanforderungen an die Leistungsgrenzen des jeweiligen planerischen Instruments gebunden sind. Lassen sich Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele eines FFH- oder Vogelschutzgebiets nicht abschätzen oder gegebenenfalls erforderliche Kohärenzsicherungsmaßnahmen an dieser Stelle nicht treffen, so kann es zulässig sein, die FFH-Verträglichkeitsprüfung auf ein nachfolgendes Genehmigungsverfahren zu verlagern (so bestätigt in BVerwG, Beschluss vom 21.04.2021, Az. 4 BN 48.20).</p> <p>Kenntnisnahme. Die naturschutzrechtlichen Belange werden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung entsprechend den Vorgaben der zuständigen Naturschutzbehörden untersucht und ableitend aus den Ergebnissen entsprechende Maßnahmen festgelegt. Im Rahmen der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes wird die Neuausweisung dieser Flächen beibehalten. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass im Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan keine rechtsverbindlichen Festsetzungen getroffen werden. Diese werden erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (B-Plan) festgesetzt.</p> <p>Bei den Wohnbauflächen W2 und W3 in Brück sind allein mit der Ausweisung der Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan in der derzeitigen Planungsphase keine Auswirkungen auf das nördlich gelegene Natur- und Vogelschutzgebiet „Belziger Landschaftswiesen“ erkennbar. Hier beträgt der Abstand zu diesem ca. 460m bis 740m. Gleiches trifft auf die Wohnbauflächen W7 und W9 in Gömnigk und Baitz zu. Allein durch die Flächenausweisungen im Flächennutzungsplan sind</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>In Bezug auf die Erweiterung des Gewerbegebiets Brück ist zu überprüfen, ob die vorgenommene Anpassung bzw. Verkleinerung des Plangebietes hinsichtlich der Größe der gewerblichen Baufläche ausreichend ist, um eine Inanspruchnahme oder Zerschneidung des Freiraumverbundes auszuschließen.</p> <p>Wir unterstützen die Nutzung der Sonnenenergie zur Stromerzeugung. Allerdings sind geeignete Standorte für freiflächensolaranlagen sorgfältig auszuwählen. Zudem müssen diese Planungen naturschutzrechtliche Belange ausreichend berücksichtigen. In der 6. Änderung des Flächennutzungsplans werden Flächen für Photovoltaikanlagen (PVA) ausgewiesen. PVA sollten vorzugsweise in bestimmten Gebieten errichtet werden. Durch die Nähe zur Autobahn A9 stellt sich die Frage, ob der Bereich um 200 m angrenzend an die Autobahn einen besseren Alternativstandort für PVA darstellt. Dies wurde nicht in den Alternativen besprochen. Daher fordern wir eine Überprüfung von Alternativstandorten, bei denen ein geringerer Eingriff in die Umwelt verursacht werden könnte. Wir verweisen auf die Vorgaben des MLUK zu PVA von 2024, die strikt einzuhalten sind und nachvollziehbar in der Planunterlage abzuarbeiten sind. Zudem verweisen wir auf den vom NABU aufgestellten Kriterienkatalog (s. Anhang), deren Grundsätze für eine naturverträgliche Anlagengestaltung wir zu</p>	<p>keine negativen Auswirkungen auf die umliegenden Schutzgebiete zu erwarten. Konkrete Festsetzungen sind im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren zu treffen. Auf die oben gemachten Ausführungen hinsichtlich einer FFH-Verträglichkeitsvorprüfung wird verwiesen. Die Anlage von Pufferzonen zu den Schutzgebieten wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (B-Pläne) geprüft und ggf. entsprechende Festsetzungen getroffen.</p> <p>Die Verkleinerung der gewerblichen Baufläche beruht auf der Stellungnahme der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung und der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming unter der Maßgabe der Gewährleistung des Freiraumverbundes (LEP-HR).</p> <p>Bei der Flächenausweisung handelt es sich lediglich um eine nachrichtliche Übernahme aus der verbindlichen Bauleitplanung. Es wird darauf hingewiesen, dass der Bebauungsplan bereits umgesetzt und die PVA errichtet wurde.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>berücksichtigen bitten.</p> <p>Insbesondere zu Zeiten in denen auf allen Ebenen über die Bedeutung von Klima-, Insekten- und Biodiversitätsschutz auch als Vorsorge für das menschliche Wohlergehen gesprochen wird, wird ein entsprechender zukunftsweisender Umgang auch von Verwaltungen und Planungsträgern erwartet. Der Schutz der Biodiversität ist ein Gemeinwohlziel, das deutlich stärker in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden muss. Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen einen urbanen Raum zu entwickeln, in dem der Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung eine gleichberechtigte Betrachtung erfährt.</p> <p>Wir bitten um eine weitere Beteiligung in diesem Verfahren, und behalten uns vor, Ergänzungen nachzureichen. Für den Fall, dass in dieser Sache ein das Verfahren beendender Bescheid ergeht (Zustimmung, Ablehnung, Einstellung), beantragen wir auf Grundlage von § 3 Abs. 1 UIG deren Übersendung mit Eingangsbestätigung, vorzugsweise per E-Mail an info@landesbuero.de.</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Der Hinweis findet im Rahmen des weiteren Verfahrens Berücksichtigung.</p>
9	Amt Brück Gemeinde Borkheide Stellungnahme vom 20.03.2025	<p>Die Gemeindevertretung Borkheide beschließt, dass die Belange der Gemeinde Borkheide durch den Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplans der benachbarten Stadt Brück nicht berührt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>
10	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg Stellungnahme vom 21.03.2025	<p>Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB</p> <p>Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen.</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>10,0 Anrechnung auf Eigenentwicklungsoption (EEO) oder Wachstumsreserve (WR) in ha (s. unten)</p> <p>Die GL äußert sich im Rahmen der Behördenbeteiligung an kommunalen Bauleitplanungen zu den Inhalten der Landesplanung (LEPro, LEP HR, LEP FS, Braunkohleplanung). Die Belange der Regionalplanung, insbesondere auch die beachtenspflichtigen regionalplanerischen Ziele, werden durch die Regionale Planungsgemeinschaft vertreten. Die Regionale Planungsgemeinschaft ist als Träger öffentlicher Belange durch die Kommune direkt zu beteiligen.</p> <p>Mit der o. g. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brück sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine sinnvolle Weiterentwicklung des Gemeindegebietes der Stadt Brück geschaffen werden. Die Mitteilung der Ziele der Raumordnung haben Sie mit unseren Stellungnahmen vom 04.05.2023 sowie 23.06.2023 erhalten. Die für die Bewertung der vorliegenden Planung relevanten Ziele sind seither unverändert, so dass diese Stellungnahmen insoweit weiterhin Gültigkeit behalten. Zu den – teilweise zum Vorentwurf veränderten – Planinhalten nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p><u>Wohnsiedlungsflächen und gewerbliche Bauflächen</u></p> <p>Die Eigenentwicklungsoption bzw. Wachstumsreserve der Stadt Brück (EEO 4,2 ha; WR 7,2 ha) wird durch folgende Planungen in Anspruch genommen:</p>	<p>Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Sachlich richtig.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung																																																																																												
		<table><tr><th colspan="4">FNP-Änd.-Bereich</th><th>IE</th><th>EEO</th><th>WR</th></tr><tr><th>Karten-Nr.</th><th>Nutzung</th><th>OT</th><th>Bezeichnung</th><th></th><th>4,2</th><th>7,2</th></tr><tr><td></td><td></td><td></td><td></td><td>ha</td><td>ha</td><td>ha</td></tr><tr><td>1</td><td>W</td><td>Brück</td><td>Brück Zentrum, Wohnbaufläche 1</td><td></td><td>3,5</td><td></td></tr><tr><td>2</td><td>W</td><td>Brück</td><td>Feldstraße, Wohnbaufläche 2</td><td></td><td></td><td>1,2</td></tr><tr><td>2</td><td>M/W</td><td>Brück</td><td>Neunruten (Gartenstraße West) Wohnbaufläche 3</td><td></td><td></td><td>3,9</td></tr><tr><td>10</td><td>W</td><td>Brück</td><td>Lindenstraße, Wohnbaufläche 4</td><td>1,2</td><td></td><td></td></tr><tr><td>11</td><td>W</td><td>Brück</td><td>Straße der Einheit, Wohnbaufläche 5</td><td></td><td></td><td>0,4</td></tr><tr><td>10</td><td>W</td><td>Brück</td><td>Kastanienviertel, Wohnbaufläche 6</td><td>3,1</td><td></td><td></td></tr><tr><td>6</td><td>W</td><td>Brück</td><td>Gömnigk, Wohnbaufläche 7</td><td></td><td></td><td>1,0</td></tr><tr><td>5</td><td>W</td><td>Neuendorf</td><td>Neuendorf, Wohnbaufläche 8</td><td>2,6</td><td></td><td></td></tr><tr><td>7</td><td>W</td><td>Baitz</td><td>Baitz, Wohnbaufläche 9</td><td>0,9</td><td></td><td></td></tr><tr><td colspan="4">Gesamt</td><td></td><td>7,8</td><td>3,5</td><td>6,5</td></tr></table> <p>Die Wohnbaufläche 4 – Lindenstraße kann noch als Innenentwicklung im Sinne von Ziel Z 5.5 Abs. 2 LEP HR gewertet werden und ist ohne Inanspruchnahme der EEO oder WR möglich.</p> <p>Wegen der Lage der geplanten Flächen innerhalb des OT Brück, wird empfohlen, diese der Wachstumsreserve zuzuordnen. Mit der vorliegenden Planung wird sowohl die EEO als auch die WR nicht überschritten. Für künftige Entwicklungen von Wohnsiedlungsflächen steht der Stadt Brück noch eine EEO bzw. WR von jeweils 0,7 ha zur Verfügung. Ziel 5.5 LEP HR steht somit der 6. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brück nicht entgegen.</p> <p>Die Wohnbaufläche 9 im OT Baitz befindet sich im Freiraumverbund gemäß Z 6.2 LEP HR. Der Freiraumverbund ist räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen, sind ausgeschlossen, sofern sie die</p>	FNP-Änd.-Bereich				IE	EEO	WR	Karten-Nr.	Nutzung	OT	Bezeichnung		4,2	7,2					ha	ha	ha	1	W	Brück	Brück Zentrum, Wohnbaufläche 1		3,5		2	W	Brück	Feldstraße, Wohnbaufläche 2			1,2	2	M/W	Brück	Neunruten (Gartenstraße West) Wohnbaufläche 3			3,9	10	W	Brück	Lindenstraße, Wohnbaufläche 4	1,2			11	W	Brück	Straße der Einheit, Wohnbaufläche 5			0,4	10	W	Brück	Kastanienviertel, Wohnbaufläche 6	3,1			6	W	Brück	Gömnigk, Wohnbaufläche 7			1,0	5	W	Neuendorf	Neuendorf, Wohnbaufläche 8	2,6			7	W	Baitz	Baitz, Wohnbaufläche 9	0,9			Gesamt					7,8	3,5	6,5	<p>Dem Hinweis wird gefolgt.</p> <p>Im Rahmen des weiteren Verfahrens wird eine Zuordnung zur Wachstumsreserve vorgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>
FNP-Änd.-Bereich				IE	EEO	WR																																																																																									
Karten-Nr.	Nutzung	OT	Bezeichnung		4,2	7,2																																																																																									
				ha	ha	ha																																																																																									
1	W	Brück	Brück Zentrum, Wohnbaufläche 1		3,5																																																																																										
2	W	Brück	Feldstraße, Wohnbaufläche 2			1,2																																																																																									
2	M/W	Brück	Neunruten (Gartenstraße West) Wohnbaufläche 3			3,9																																																																																									
10	W	Brück	Lindenstraße, Wohnbaufläche 4	1,2																																																																																											
11	W	Brück	Straße der Einheit, Wohnbaufläche 5			0,4																																																																																									
10	W	Brück	Kastanienviertel, Wohnbaufläche 6	3,1																																																																																											
6	W	Brück	Gömnigk, Wohnbaufläche 7			1,0																																																																																									
5	W	Neuendorf	Neuendorf, Wohnbaufläche 8	2,6																																																																																											
7	W	Baitz	Baitz, Wohnbaufläche 9	0,9																																																																																											
Gesamt					7,8	3,5	6,5																																																																																								

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Funktion des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Für bereits bebaute Gebiete unterhalb des Darstellungsgrenzwertes von 20 Hektar, die im Freiraumverbund liegen, bleiben die Entwicklungsmöglichkeiten nach § 34 und § 35 Abs. 6 BauGB aber unberührt. Durch die beabsichtigte Erweiterung der Wohnbaufläche ist eine Beeinträchtigung des Freiraumverbundes nicht zu erwarten. Ziel Z 6.2 LEP HR steht der 6. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brück nicht entgegen. Das gilt auch für die gewerbliche Erweiterungsfläche, die sich nun – im Vergleich zu dem Vorentwurf vom Februar 2023 – außerhalb des Freiraumverbundes gemäß Ziel Z 6.2 LEP HR befindet (Abb. 6, Karten-Nr. 9).</p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, (GVBl. I S. 235) - Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35) - Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRP HV) v. 19.08.2021; in Kraft getreten am 01.09.2021 mit Verkündung im BGBl. Teil I Nr. 57 vom 25.08.2021 - Sachlicher Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“ der RPG Havelland-Fläming, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 51 vom 23.12.2020, S. 1322 - Sachlicher Teilregionalplan (TPR) Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 42 vom 23.10.2024, S. 1018; im Internet aufrufbar unter https://havelland-flaeming.de/regionalplan/entwurf-sachlicher- 	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Raumordnungskatasters/PLIS zusätzlich an das LBV/Raumbeobachtung: PLIS@lbv.brandenburg.de.</p> <ul style="list-style-type: none"> Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf. 	
11	Landkreis Potsdam-Mittelmark Stellungnahme vom 21.03.2025	<p>Mit ihrer Mail vom 12.02.2025 bittet die Stadt und Land Planungsgesellschaft mbH um Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brück.</p> <p>Folgende Fachdienste des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurden beteiligt und geben nachstehende Einwendungen aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit sowie allgemeine Hinweise.</p> <p>Diese Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entspricht keiner vollumfänglichen rechtsaufsichtlichen Prüfung.</p> <ul style="list-style-type: none"> Fachdienst Umwelt, Denkmal und Recht <p>Untere Wasserbehörde</p> <p>Die untere Wasserbehörde stimmt der 6. Änderung des FNP der Stadt Brück ohne weitere Hinweise oder Anregungen zu.</p> <p>Untere Abfallwirtschaftsbehörde</p>	<p>Sachlich richtig.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Abfallrechtliche Belange stehen dem Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brück gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p>1. <u>Einwendungen</u></p> <p>a) Einwendungen:</p> <p>Die UAWB hat keine fachlichen Einwendungen zum geplanten Vorhaben.</p> <p>b) Rechtsgrundlage:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212). zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) – Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) – Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl.I/97, [Nr. 05], S.40) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 24], S., ber. [Nr. 40]) <p>c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B.</p>	<p>Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Ausnahmen oder Befreiungen):</p> <p>Nicht erforderlich.</p> <p>2. <u>Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</u></p> <p>Keine Hinweise.</p> <p>3. <u>Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</u></p> <p>Keine Hinweise.</p> <p>4. <u>Weitergehende Hinweise</u></p> <p>1. Abfälle, die im Rahmen von Baumaßnahmen anfallen, sind gemäß §§ 7 ff. des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) getrennt zu halten und einer stofflichen oder energetischen Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Auch anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist Abfall im Sinne dieses Gesetzes und zu entsorgen.</p> <p>Anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist vor der Entsorgung auf Schadstoffe zu untersuchen. Die Probenahme und Analytik hat nach den Vorgaben der Mitteilung 32 der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, PN 98 zu erfolgen. Es sind diesbezüglich die Anforderungen gemäß Abschnitt 3, Unterabschnitt 2 ErsatzbaustoffV einzuhalten. Hierfür dürfen ausschließlich akkreditierte Labore beauftragt werden.</p> <p>Die gesetzliche Pflicht zur Abfalltrennung gebietet einen qualifizierten und kontrollierten Umgang mit</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise wurden bereits in die Begründung übernommen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Abfällen. Eine Vermischung unterschiedlicher Abfallarten ist unzulässig. Baustellen sind daher so einzurichten, dass u. a. nicht verwendete Baustoffe, Bauschutt, Bodenaushub, Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz sowie Papier und Pappe getrennt erfasst werden. Zur Erfüllung der Getrennthaltungspflicht sind in ausreichendem Maße Sammelbehälter bereitzuhalten.</p> <p>Folgende Pflichten sind in diesem Zusammenhang bei Bau- und Abbrucharbeiten (Gesamtabfallmenge > 10 m³) zu erfüllen (s. a. Informationen zur novellierten Gewerbeabfallverordnung des MLUL):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Getrenntsammlungs- und Verwertungspflichten nach § 8 Abs. 1 Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) – Dokumentationspflichten nach § 8 Abs. 3 GewAbfV – Vorbehandlungs- und Aufbereitungspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 1 GewAbfV – Dokumentationspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 6 GewAbfV <p>Nicht verwertbare Abfälle sind gemäß § 15 KrWG gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Für die Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) sind ausschließlich dafür zugelassene und geeignete Unternehmen heranzuziehen. Die Verantwortung obliegt dem Bauherrn.</p> <p>Entsorgungsbelege wie Rechnungen, Wiegescheine, Übernahmescheine, etc. sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen.</p> <p>2. Im Zusammenhang mit einer ggf. notwendigen Entsorgung anfallender mineralischer Abfälle hat die</p>	

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Zuordnung der Abfälle zu einer Abfallart nach Abfallverzeichnisverordnung (AVV) entsprechend des Erlasses zur Neufassung der "Vollzugshinweise zur Zuordnung von Abfällen zu den Abfallarten eines Spiegeleintrages in der Abfallverzeichnis-Verordnung" vom 1. März 2023 (Amtsblatt für Brandenburg, 2023, Nr. 13, Seite 243) zu erfolgen. Der Mindestparameterumfang richtet sich dabei nach Anlage 5, Tabelle 1 des vorgenannten Erlasses.</p> <p>3. Hinsichtlich der Entsorgung ggf. anfallender <u>gefährlicher Abfälle</u> gilt:</p> <p>Die Entsorgung regelt sich nach den §§ 48 ff KrWG. Gefährliche Abfälle zur Beseitigung unterliegen gemäß § 3 der Sonderabfallentsorgungsverordnung des Landes Brandenburg (SAbfEV) der Andienungspflicht. Für die Andienung ist folgende Einrichtung zuständig:</p> <p>Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH (SBB), Großbeerenstraße 231, 14480 Potsdam, Tel. 0331 27930, www.sbb-mbh.de</p> <p><u>Gefährliche Abfälle</u> gemäß Abfallverzeichnisverordnung sind im förmlichen Nachweisverfahren nach § 50 KrWG i. V. mit §§ 2 ff der Nachweisverordnung einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Dazu bedarf es ab einem Gesamtanfall von 2.000 kg (Kleinmengen), bezogen auf alle als gefährlich eingestuften Abfallschlüssel, die an allen Standorten und in einem Jahr anfallen, zwingend einer Erzeugernummer. Diese kann bei der SBB unter</p> <p>https://www.sbb-mbh.de/de/aufgaben-der-</p>	

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>sbb/identnummern/erzeugernummer/</p> <p>beantragt werden. Das elektronische Nachweisverfahren ist für die Entsorgung gefährlicher Abfälle gesetzlich vorgeschrieben. Weitergehende Hinweise zum elektronischen Nachweisverfahren finden Sie unter</p> <p>https://www.sbb-mbh.de/fileadmin/media/publikationen/merkblaetter/merkblatt_signatur_2012.pdf</p> <p>Bei einem Anfall von mehr als 2.000 kg an <u>gefährlichen Abfällen</u> liegt die Zuständigkeit der Überwachung dieser Abfälle beim Landesamt für Umwelt (LfU).</p> <p>4. Bei einem geplanten Einsatz von mineralischen Bauersatzstoffen aus der Abfallwirtschaft (RC-Material) als Schottertrag-/ Frostschutzschicht sind die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen – Abschnitt 4 der Ersatzbaustoffverordnung zu erfüllen.</p> <p>Die zum Einsatz in ein technisches Bauwerk vorgesehenen RC-Materialien müssen die Anforderungen nach Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 oder 2 der EBV einhalten und der Einbau der mineralischen Ersatzbaustoffe hat nur in den für sie jeweils zulässigen Einbauweisen nach Anlage 2 der EBV zu erfolgen.</p> <p>Lieferscheine des eingebauten Recyclingmaterials sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der UAWB auf Verlangen einzureichen.</p>	

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>5. Bei Konkretisierung geplanter Bau-/ Abbruchmaßnahmen ist die Untere Abfallwirtschaftsbehörde erneut zu beteiligen.</p> <p>Untere Bodenschutzbehörde</p> <p>Die für den Vorentwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brück erhobenen Einwände durch die Untere Bodenschutzbehörde wurden im vorliegenden Entwurf des FNP berücksichtigt.</p> <p>Untere Naturschutzbehörde</p> <p>A) <u>Einwendungen</u></p> <p>Keine.</p> <p>B) <u>Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</u></p> <p>Keine.</p> <p>C) <u>Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</u></p> <p>Die Gemeinden überwachen gemäß § 4c BauGB die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen; Gegenstand der Überwachung ist auch die Durchführung von Darstellungen oder Festsetzungen nach § 1a Abs. 3 S. 2 BauGB und von Maßnahmen nach § 1a Abs. 3 S. 4 BauGB.</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Dem Hinweis wird Folge geleistet.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>D) <u>Weitergehende Hinweise</u></p> <p>1) Landesweiter Biotopverbund</p> <p>Der Geltungsbereich der 6. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brück liegt dem Landschaftsprogramm Brandenburg zufolge teilweise innerhalb des landesweiten Biotopverbundes. Der sachliche Teilplan Biotopverbund wird derzeit fortgeschrieben, liegt jedoch bereits im Bearbeitungsstand des Entwurfs vor. Die Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Landschaftsprogramms sind gemäß § 1 Abs. 6 S. 1 Nr. 7 Buchst. g BauGB zu berücksichtigen.</p> <p>2) Eingriffsregelung</p> <p>Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) sind gemäß § 1a Abs. 3 S. 1 BauGB in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen. Der Ausgleich erfolgt gemäß § 1a Abs. 3 S. 2 BauGB durch geeignete Darstellungen nach § 5 BauGB als Flächen zum Ausgleich. Die angedachte Ablösung von Ausgleichsmaßnahmen durch Ersatzzahlung ist demgemäß in der Bauleitplanung nicht zulässig. Der Flächennutzungsplan hat die Funktion einer vorsorglichen Sicherung solcher Flächen, auf denen Maßnahmen zum Ausgleich von zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft vorgesehen werden sollen. Dabei enthält der Flächennutzungsplan im Sinne des Entwicklungsgebots gemäß § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB</p>	<p>Der Hinweis findet im Rahmen der weiteren Bearbeitung Berücksichtigung, hier insbesondere bei der Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Brück.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen. Der Hinweis ist insbesondere im Rahmen einer umfassenden Flächennutzungsplanänderung bzw. Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes und den sich aus den Flächenausweisungen ergebenden verbindlichen Bauleitplanungen zu berücksichtigen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Voraussetzungen für die Aufstellung von Bebauungsplänen, in denen Flächen und Maßnahmen zum Ausgleich von Natur und Landschaft bodenrechtlich verbindlich festgesetzt werden.</p> <p>Flächen zum Ausgleich im Sinne des § 1a Abs. 3 BauGB im Geltungsbereich des Flächennutzungsplans können gemäß § 5 Abs. 2a BauGB den Flächen, auf denen Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind, ganz oder teilweise zugeordnet werden.</p> <p><u>Fundstellen der zitierten Rechtsvorschriften:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist – BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist <p>Untere Denkmalschutzbehörde</p> <p>Baudenkmalschutz</p> <p>Hiermit wird zum Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brück aus Sicht des Baudenkmalschutzes Stellung genommen. Die Stellungnahme erfolgt als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und auf Grundlage des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg, Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz (BbgDSchG, vom 24. Mai 2004, GVBl.I/04, [Nr. 09], S.215).</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>In den folgenden Planungsgebieten befinden sich Denkmale gemäß § 2 Abs. 1 und Abs. 2 BbgDSchG, die gemäß § 3 Abs. 1 in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragen sind:</p> <p><u>K4) Brück, Karl-Friedrich-Str.:</u></p> <p>Im Planungsgebiet befindet sich das Denkmal „Wohnhaus“, Str. des Friedens 103 in 14822 Brück.</p> <p>Es ist zu beachten, dass jede Veränderung am Denkmal sowie in der Umgebung von Denkmalen einer denkmalrechtlichen Erlaubnis benötigt. Diese kann jedoch nur erteilt werden, wenn sich die Planungen in der direkten Umgebung nicht störend auf die Denkmale auswirken, was in jedem Einzelfall geprüft wird.</p> <p>In den Änderungsbereichen K1-K3 und K5-K11 befinden sich keine Baudenkmale nach dem Brandenburgischen Denkmalschutzgesetz. Daher stehen der 6. Änderung des FNP der Stadt Brück aus baudenkmalrechtlicher Sicht keine Belange entgegen.</p> <p><u>Allgemeine Hinweise</u></p> <p>Für Abstimmungen und Konzeptionen stehen die zuständigen Mitarbeiter und Fachreferenten der Denkmalbehörden beratend zur Verfügung, Anne Matern, UDB LK PM (an-ne.matern@potsdam-mittelmark.de), Sven Jeschke, BLDAM (sven.jeschke@bldam.brandenburg.de).</p> <p>Zudem wird darauf hingewiesen, dass das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) als</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>zuständige Fachbehörde eine ständige Fortschreibung der Denkmalliste betreibt. Aus diesem Grund können durch Objekte, welche die Kriterien für eine Ausweisung als Denkmal erfüllen, zukünftig zusätzliche Belange des Denkmalschutzes erhoben werden.</p> <p>Darüber hinaus ist das BLDAM als Träger öffentlicher Belange gesondert an dem Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Die Stellungnahme vom 26.06.2023 (AZ: 2009-23-60) behält weiterhin ihre Gültigkeit.</p> <p>Bodendenkmalschutz</p> <p>Für den Amtsbereich Brück ist eine Vielzahl von Bodendenkmalen bekannt. Jedoch gibt es auch sehr viele Fundplätze, die noch nicht hinreichend untersucht sind und deren Ausdehnung nicht bekannt ist.</p> <p>Der Schutz eines Bodendenkmals ist nicht vom Eintrag in die Denkmalliste abhängig (§ 3 Abs. 1 BbgDSchG; Denkmalschutzgesetz –BbgDSchG- GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff.).</p> <p><u>Zu den einzelnen Flächenänderungen</u></p> <p>Karte 1: Brück Zentrum Der nördliche Teil liegt im Bereich des Bodendenkmals BD 30000: Historische Altstadt Brück. Aber auch außerhalb des eingetragenen Bodendenkmals im übrigen Bereich der Änderungsfläche muss mit dem Auffinden von weiteren Bodendenkmalen gerechnet werden.</p> <p>Karte 2: Feldstraße/Neunruten (Gartenstraße-West) Im Bereich der Feldstraße sind bisher keine Bodendenkmale bekannt. Östlich der Gartenstraße befindet sich das Bodendenkmal BD 30024: Siedlung deutsches Mittelalter/Bronzezeit,</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>welches jedoch außerhalb des als Landwirtschaftsfläche ausgewiesenen Änderungsbereiches liegt. Südlich des zukünftig als Sonderbaufläche ausgewiesenen Bereiches verläuft die kleine Plane. Erfahrungsgemäß wurden Niederungsbereiche bevorzugt besiedelt, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch hier im Boden Bodendenkmale erhalten sind, die bisher nicht bekannt waren.</p> <p>Karte 3: Brück-Ausbau In diesem Bereich sind bisher keine Bodendenkmale bekannt.</p> <p>Karte 4: Karl-Friedrich-Straße Der gesamte Bereich befindet sich im Bodendenkmal BD 30000: Historische Altstadt Brück.</p> <p>Karte 5: Neuendorf Im Bereich der Planänderung sind Bodendenkmale bisher nicht bekannt. Jedoch grenzt die Fläche an das eingetragene Bodendenkmal BD 30376: Historischer Ortskern Neuendorf. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch im Änderungsbereich Bodendenkmale verborgen liegen. Das ehemalige Ziel der Wohnbauflächenausweisung wird nicht mehr verfolgt. Allerdings lässt die jetzige Darstellung offen, welche Eingriffe künftig hier möglich sind. Die Fläche ist nunmehr als Fläche für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft dargestellt. Werden Abbruchmaßnahmen der Gebäude geplant, bittet die Untere Denkmalschutzbehörde um Beteiligung im Verfahren.</p> <p>Karte 6: Gömnigk Für den Änderungsbereich sind der Unteren Denkmalschutzbehörde bisher keine Bodendenkmale</p>	<p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>bekannt.</p> <p>Karte 7: Baitz Für den Änderungsbereich sind bisher keine Bodendenkmale bekannt. Aufgrund der siedlungsgünstigen Lage kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass Bodendenkmale in diesem Bereich verborgen liegen.</p> <p>Karte 8: PV-Anlage Gewerbegebiet Im Bereich der Planänderung liegt das (noch in Bearbeitung befindliche) Bodendenkmal BD 31256: Gräberfeld Bronzezeit. Das Bodendenkmal ist noch nicht in der Denkmalliste des Landes Brandenburg erfasst, doch ist der Schutz eines Bodendenkmals nicht vom Eintrag in die Denkmalliste abhängig (§ 3 Abs. 1 BbgDSchG). Bodendenkmale sind zu erhalten, zu schützen und zu pflegen (§ 7 Abs. 1 BbgDSchG).</p> <p>Karte 9: Erweiterung Gewerbegebiet Brück Für den Bereich der Erweiterung des Gewerbegebietes Brück sind der Unteren Denkmalschutzbehörde keine Bodendenkmale bekannt. In den ausgewiesenen Bereichen besteht aufgrund fachlicher Kriterien die begründete Vermutung, dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind.</p> <p>Karte 10: Brück Lindenstraße/Kastanienviertel Weder südlich der Lindenstraße noch im nördlichen Bereich der geplanten Wohnbauflächen mit hohem Baumanteil sind derzeit Bodendenkmale bekannt.</p> <p>Karte 11: Brück Straße der Einheit Die geplante Wohnbaufläche befindet sich vollständig im Bereich des Bodendenkmals BD 30691: Historischer</p>	<p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Ortskern Rottstock.</p> <p><u>Allgemeine Hinweise</u></p> <p>Nach § 17 Abs. 2 BbgDSchG stellt das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und archäologisches Landesmuseum (BLDAM) die Denkmaleigenschaft fest und erstellt die Denkmalliste (§ 3 Abs. 2 BbgDSchG). Für weitere Angaben zu den bisher nicht erfassten Bodendenkmalen sowie zur digitalen Kartierung der bekannten Bodendenkmale wenden Sie sich bitte an das BLDAM Dezernat Archäologische Denkmalpflege, Referat Archäologisches Dokumentations- und Informationszentrum.</p> <p>Alle Bodendenkmale sind nach §§ 1 und 2 BbgDSchG geschützt.</p> <p>Bodendenkmale sind zu erhalten, zu schützen und zu pflegen (§ 7 Abs. 1 BbgDSchG). Für Veränderungen an Bodendenkmalen gilt eine Dokumentationspflicht (§ 9 Abs. 3 BbgD-SchG), wobei auf eigene Kosten (§ 7 Abs. 3 BbgDSchG) eine wissenschaftliche Untersuchung, Ausgrabung und Bergung (einschließlich der hierbei erforderlichen Dokumentation) der im Boden verborgenen archäologischen Funde und Befunde im öffentlichen Interesse zu gewährleisten ist (§ 9 Abs. 4 BbgDSchG).</p> <p>Alle Veränderungen an Bodendenkmalen sind genehmigungspflichtig (§ 9 BbgDSchG).</p> <p>• Fachdienst Landwirtschaft</p> <p>Sollten landwirtschaftlich genutzte Flächen für die Umsetzung des Planvorhabens in Anspruch genommen werden, dann bittet der Fachdienst Landwirtschaft um</p>	<p>Die Hinweise sind in der Begründung bereits enthalten.</p> <p>Der Hinweis findet im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Rücksprache mit den betroffenen Landwirten, sodass die landwirtschaftlichen Belange daran angepasst werden können.</p> <p>Unter Berücksichtigung des vorgenannten Hinweises liegen vom Fachdienst Landwirtschaft keine Bedenken gegenüber dem Planvorhaben vor.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fachdienst Gesundheit <p>Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz – BbgGDG) vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Zur Abwehr akuter gesundheitlicher Schäden sowie gesundheitlicher Langzeitwirkungen werden dem entsprechend erforderliche Maßnahmen getroffen.</p> <p>Das o.g. Vorhaben wurde fachamtlich anhand vorgelegter Begründung mit Umweltbericht, Stand Entwurf November 2024 und Abwägung, Stand 18.01.2024 bezüglich der Auswirkungen von Lärm und Einflüssen auf das Schutzgut Mensch geprüft.</p> <p>Auf der Grundlage des Landesentwicklungsplanes (LEP HR) sowie dem Regionalplan Havelland-Fläming und dem INSEK des Amtes Brück ist eine Anpassung an die Ziele der Raumordnung geboten. Ziel der Änderung sind hauptsächlich die Aktualisierung und Zusammenführung der vorliegenden verbindlichen Bauleitplanung, Erweiterung des Gewerbegebietes Brück sowie von Wohnbauflächen, Ausweisung einer Sonderbaufläche im Zentrum und Bestimmung eines zentralen Versorgungsbereiches.</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p><u>Trinkwasser</u></p> <p>Die Versorgung mit Wasser für den menschlichen Gebrauch, Trinkwasser, muss der Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung - TrinkwV) vom 20. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 159) entsprechen.</p> <p>In den nachfolgenden Verfahren zur Bauleitplanung für Wohnbaunutzung, Gewerbe oder Sonderbauflächen ist der Anschluss an die zentrale Trinkwasserversorgung- und Abwasserentsorgung sicher zu stellen.</p> <p><u>Immissionsschutz</u></p> <p>In Bezug auf den vorsorgenden Gesundheitsschutz ist bei nachfolgenden Verfahren zur Bauleitplanung bei der nach Punkt 6.4.2. der Begründung ausgewiesenen Sonderbaufläche Freizeit/Festplatz an der Plane und insbesondere bei der Auswahl der Fläche für Gemeinbedarf in Neuendorf nach Punkt 6.5. der Begründung, Errichtung Feuerwehrrätehaus, die Einwirkung von Lärm auf die umliegende Wohnbebauung zu berücksichtigen und abzu prüfen.</p> <p>Bei der Ausweisung von Wohngebieten ist der auf die Vorhaben einwirkende Lärm zu betrachten.</p> <p>Die Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt ist zum Verfahren zu beachten.</p> <p>Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fachdienst Kreisstraßenbetrieb 	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Der Hinweis findet im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung. Hinsichtlich der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes wird dieser in die Planunterlagen aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		Aus Sicht des FD Kreisstraßenbetrieb ergeben sich keine Hinweise bzw. Einwendungen.	Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen
12	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Stellungnahme vom 17.03.2025	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen
13	Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen Facilitymanagement Team 3 Stellungnahme vom 21.03.2025	<i>Vorbemerkung:</i> Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann. Keine Einwände	Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.
14	Deutsche Bahn AG – DB Immobilien Stellungnahme vom 21.03.2025	Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB InfraGO AG und der DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren. Es sind nachfolgende Bedingungen / Auflagen und Hinweise aus Sicht der DB AG und ihrer	

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Konzernunternehmen zu beachten und einzuhalten:</p> <p>Grundsätzliches</p> <p>Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.</p> <p>Nach § 4 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) und § 2 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) ist die Deutsche Bahn AG verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahninfrastruktur in betriebssicherem Zustand zu halten. In diesem Zusammenhang weisen wir auf folgendes hin:</p> <p>Durch die Inhalte, Festlegungen und Zielsetzungen der Bauleitplanung dürfen der gewöhnliche Betrieb der bahnbetriebsnotwendigen Anlagen einschließlich der Maßnahmen zur Wartung und Instandhaltung sowie Maßnahmen zu Umbau, Erneuerung oder ggf. notwendiger Erweiterungen keinesfalls verzögert, behindert oder beeinträchtigt werden.</p> <p>Dach-, Oberflächen-, Oberwasser und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden. Sie sind ordnungsgemäß in die öffentliche Kanalisation abzuleiten. Einer Versickerung in Gleisnähe kann nicht zugestimmt werden.</p> <p>Für eine starke Schiene, für Klimaschutz und mehr Verkehr auf der Schiene, investiert die DB auf Rekordniveau in den Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur. Mit der steigenden Anzahl der Infrastrukturprojekte steigt der Flächenbedarf, unter anderem auch für Kompensationsmaßnahmen. Aus</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise werden in die Planunterlagen übernommen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>diesem Grund ist es uns gegenwärtig leider nicht möglich, Flächen für Kompensationsmaßnahmen zugunsten Projekte Dritter zur Verfügung zu stellen. Wir bitten hierfür um Ihr Verständnis.</p> <p>Hinweise zu Immissionen</p> <p>Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.</p> <p>Bei Wohnbauplanungen in der Nähe von lärmintensiven Verkehrswegen und Bahnanlagen wird auf die Verpflichtung des kommunalen Planungsträgers hingewiesen, aktive (z.B. Errichtung Schallschutzwände) und passive (z.B. Riegelbebauung) Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen und festzusetzen.</p> <p>Je weiter die Orientierungswerte der DIN 18005-1:2023-07 überschritten werden, d.h. je stärker der Lärm das Wohnen beeinträchtigt, desto gewichtiger müssen die für die Wohnbauplanung sprechenden städtebaulichen Gründe sein und umso mehr hat die Gemeinde die baulichen und technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die ihr zu Gebote stehen, um diese Auswirkung zu verhindern.</p> <p>Abwägungsfehler bei der Abwägung der Belange des Immissionsschutzes und insb. der Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in Ansehung der Emissionen aus dem Bahnbetrieb sind erheblich i.S.d. § 214 BauGB und führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplans (Urteil VGH Kassel vom 29.03.2012,</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise finden im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung. Hinsichtlich der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes werden diese in die Planunterlagen aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Az.: 4 C 694/10.N).</p> <p>In unmittelbarer Nähe unserer elektrifizierten Bahnstrecke oder Bahnstromleitungen ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlichen Geräten zu rechnen. Es obliegt dem Bauherrn, für entsprechende Schutzvorkehrungen zu sorgen. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauherren auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen.</p> <p>Eventuell erforderliche Schutzmaßnahmen gegen diese Einwirkungen aus dem Bahnbetrieb sind gegebenenfalls im Bebauungsplan festzusetzen.</p> <p>Hinweise zu Photovoltaik- bzw. Solaranlagen</p> <p>Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hin zu gestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung herausstellen, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen.</p> <p>Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs (z.B. Sichteinschränkungen der Triebfahrzeugführer durch z.B. Blendungen, Reflexionen) entstehen können und dass die Lärmemissionen des Schienenverkehrs nicht durch Reflexionseffekte erhöht werden.</p> <p>Die Deutsche Bahn AG sowie die auf der Strecke</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise finden im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung. Hinsichtlich der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes werden diese in die Planunterlagen aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen sind hinsichtlich Staubeinwirkungen durch den Eisenbahnbetrieb (z.B. Bremsabrieb) sowie durch Instandhaltungsmaßnahmen (z.B. Schleifrückstände beim Schienenschleifen) von allen Forderungen freizustellen.</p> <p>Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können. Bei mit 110 kV – Bahnstromleitungen überspannten Anlagen ist die DB bei allen witterungsbedingten Ereignissen, z.B. Eisabfall von den Seilen der Hochspannungsleitung, von allen Forderungen freizustellen.</p> <p>Hinweise zu (Neu-) Bepflanzung</p> <p>Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen, insbesondere Gleisen, müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen. Zu den Mindestpflanzabständen ist die DB Konzernrichtlinie (Ril) 882 „Landschaftsplanung und Vegetationskontrolle“ zu beachten.</p> <p>Abstand und Art von Bepflanzungen müssen so gewählt werden, dass diese z.B. bei Windbruch nicht in die Gleisanlagen fallen können. Diese Abstände sind durch geeignete Maßnahmen (Rückschnitt u.a.) ständig zu gewährleisten. Der Pflanzabstand zum Bahnbetriebsgelände ist entsprechend der Endwuchshöhe zu wählen. Soweit von bestehenden Anpflanzungen Beeinträchtigungen des</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise finden im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung. Hinsichtlich der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes werden diese in die Planunterlagen aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Eisenbahnbetriebes und der Verkehrssicherheit ausgehen können, müssen diese entsprechend angepasst oder beseitigt werden. Bei Gefahr in Verzug behält sich die Deutsche Bahn das Recht vor, die Bepflanzung auf Kosten des Eigentümers zurückzuschneiden bzw. zu entfernen. Wir bitten deshalb, entsprechende Neuanpflanzungen in unmittelbarer Bahnnähe von vornherein auszuschließen.</p> <p>Schlussbemerkungen</p> <p>Abschließend weisen wir darauf hin, dass der o.g. Flächennutzungsplan gemäß § 1 Absatz 2 BauGB eine vorbereitende Bauleitplanung darstellt. Wir behalten uns vor, zu dem o.g. Verfahren unabhängig von unserer vorstehenden Stellungnahme Bedenken und Anregungen vorzubringen. Diese können auch grundsätzlicher Art sein, sofern Unternehmensziele oder Interessen der Deutschen Bahn AG dies erfordern.</p> <p>Für Schäden, die der DB aus der Bauleitplanung entstehen, haftet der Planungsträger/Bauherr. Das gilt auch, wenn sich erst in Zukunft negative Einwirkungen auf die Bahnstrecke ergeben. Entsprechende Änderungsmaßnahmen sind auf Kosten des Vorhabenträgers bzw. dessen Rechtsnachfolger zu veranlassen.</p> <p>Wir bitten darum, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Bei Rückfragen zu diesem Schreiben bitten wir Sie, sich unter Angabe des Aktenzeichens an die Mitarbeiterin des Kundenteam Eigentumsmanagement - Baurecht, Frau Franziska Ludwig, zu wenden.</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Der Hinweis findet Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
15	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Stellungnahme vom 20.03.2025	<p>Zu o.g. Planung hat die Untere Denkmalschutzbehörde des Kreises Potsdam-Mittelmark bereits mit Schreiben vom 19.03.2025 Stellung genommen (Az: 70443 - 25 – 40 (AZ TöB: 647-25)).</p> <p>Dieser Stellungnahme schließen wir uns vollumfänglich an.</p> <p><u>Bitte beachten:</u> Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.</p>	<p>Auf die Abwägung der Stellungnahme des Kreises Potsdam-Mittelmark mit Schreiben vom 19.03.2025 Stellung (Az: 70443 - 25 – 40 (AZ TöB: 647-25)) wird verwiesen (Lfd. Nr. 11, Seite 41 des vorliegenden Abwägungsprotokolls)</p>
16	Landesamt für Umwelt Stellungnahme vom 20.03.2025	<p>Die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Wasserwirtschaft übergeben. Eine Stellungnahme aus den Fachbereichen Immissionsschutz und Naturschutz können aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.</p> <p>Fachabteilung Wasserwirtschaft</p> <p>Fachliche Stellungnahme Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Anlage: Karte zur Lage der Grundwassermessstellen</p>	<p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>(Landesmessnetze)</p> <p>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p>1. Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen</p> <p><i>Kartenteil 1 - Brück Zentrum</i></p> <p>In diesem Planteil befindet sich ein Gewässer II. Ordnung (Graben).</p> <p>Kartenteil 2 - Feldstraße / Neunruten (Gartenstraße West)</p> <p>Die Kleine Plane (Gewässer II. Ordnung) befindet sich an der Plangebietsgrenze.</p> <p>Kartenteil 9 - Erweiterung Gewerbegebiet Brück</p> <p>In diesem Planteil befindet sich ein Gewässer II. Ordnung (Graben).</p> <p>Die Pflicht der Unterhaltung von Gewässern II. Ordnung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte jeweils beteiligt werden. Die genannten Planteile schließen Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen</p>	<p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen. Der Grabenverlauf findet im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.</p> <p>Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen. Der Grabenverlauf findet im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung.</p> <p>Der zuständige Unterhaltungsverband wurde an der Planung beteiligt.</p>

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>(Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).</p> <p>2. Gewässerkundliche Messstellen des LfU Brandenburg (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkt 1)</p> <p><i>Kartenteil 8 – PV-Anlage Gewerbegebiet</i></p> <p>Es befinden sich in diesem Planteil vier Grundwassermessstellen der Landesmessnetze (MKZ: 38421590 bis 38421593) (siehe Anlage). Baumaßnahmen sind mit dem Ziel der Erhaltung dieser Messstellen mit dem Landesamt für Umwelt (LfU), Referat W12 (Referat „Hydrologischer Landesdienst, Hochwassermeldezentrale“, w12@LfU.Brandenburg.de), abzustimmen. Die Zugänglichkeit der Messstellen muss ständig gewährleistet sein. Wenn Messstellen beseitigt werden müssen, hat der Bauträger nach Abstimmung mit dem LfU, Referat W12, Ersatzmessstellen einzurichten.</p>	Der Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen und findet im Rahmen der weiterführenden Planungen Berücksichtigung.
17	Amt Brück Gemeinde Planebruch Stellungnahme vom 24.03.2025	Die Gemeindevertretung Planebruch beschließt, dass die Belange der Gemeinde Planebruch durch den Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplans der benachbarten Stadt Brück nicht berührt werden.	Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.
18	Amt Brück Gemeinde Borkwalde Stellungnahme vom 02.04.2025	Die Gemeindevertretung Borkwalde beschließt, dass die Belange der Gemeinde Borkwalde durch den Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplans der benachbarten Stadt Brück nicht berührt werden.	Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.

Lfd. Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
19	Amt Brück Gemeinde Linthe Stellungnahme vom 08.04.2025	Die Gemeindevertretung Linthe beschließt, dass die Belange der Gemeinde Linthe durch den Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplans der benachbarten Stadt Brück nicht berührt werden.	Kenntnisnahme Keine Anregungen vorhanden, die zu einer Änderung der Planung führen.

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
Förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung			
1	Bürger 1 Stellungnahme vom 13.03.2025	<p>In o.g. Änderung möchte ich meine Einwände äußern.</p> <p>In der kartographischen Darstellung zur Flächennutzung östlich vom Amtsgebäude ("Der Anger") sind Flächen zum Zwecke der Wohnbebauung dargestellt.</p> <p>Bei den vorgestellten und hier in Rede stehenden Grundstücken handelt es sich um die Brücker Flur 2 Flurstücke 37-48, wobei bereits auf den Grundstücken 37/38 Wohnungsbebauung stattfand.</p> <p>Die südöstlichen Flurstücke 49 und 50 sind von der Wohnplanung ausgenommen und als Flächen für Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft vorgesehen. Hier sei die Frage erlaubt, was soll sich hier entwickeln? Umgeben von Wohnhäusern bleibt ein Stück Acker bzw. gestaltetes Grünland erhalten, welches mit Gehölzen verschönert wird. Eine ökologische Falle die jede Ansiedlung eines Bodenbrüters oder Gebüschbrüters scheitern lässt. Verkehr, stöbernde Hunde, freilaufende Katzen und auch spielende Kinder werden jeden Bruterfolg vereiteln. Selbst gut gemeinte Maßnahmen zum Schutz von Kriechtieren und Lurchen sind kontraproduktiv.</p> <p>Diese Planung ist für mich nicht nachvollziehbar. Sinnvolle Flächengestaltungen und Maßnahmen für Natur und Landschaft sind dringend zu überarbeiten und bieten sich südlich der Bahntrasse an. Die einzelne Weide, der Aprikosenbusch und die fremdländischen wenigen Sträucher zwischen den Flurstücken 49-50 rechtfertigen</p>	<p>Sachlich richtig.</p> <p>Sachlich richtig.</p> <p>Sachlich richtig. Eine konkrete Maßnahmenplanung liegt zum Stand der jetzigen Planung noch nicht vor. Auf den Flächen kann z.B. der Ausgleich für in Anspruch genommene Biotopen durch Anlage einer Blühwiese mit Pflanzung von Strauch- und Baumgruppen erbracht werden und diese zu einer Erhöhung der Artenvielfalt beiträgt.</p> <p>Kenntnisnahme Der Hinweis hinsichtlich der Ausweisung von Maßnahmenflächen südlich der Bahntrasse wird im Rahmen der Landschaftsplanung geprüft.</p>

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>diese Planung nicht. Die einzelnen wertigen Gehölze sind in dem Bauvorhaben leicht zu integrieren.</p> <p>Hiermit bitte ich die Flurstücke 49 und 50 mit in den Wohnbauplanungen zu berücksichtigen und aufzunehmen.</p> <p>Gleichzeitig biete ich meine Mitarbeit zur sinnvollen Anlage und Gestaltung von Maßnahmen für Natur und Landschaft an.</p> <p>Für weitere klärende Gespräche stehe ich gern bereit.</p>	<p>Kenntnisnahme Dem Hinweis wird aufgrund des geringen Abstandes zur südlich gelegenen Bahnstrecke nicht gefolgt. Allein der südöstliche Abstand des FLS 49 hat zur Bahn lediglich einen Abstand von ca. 70 m und das FLS 50 einen Abstand von nur ca. 25 m. Es sollte jedoch mindestens ein Abstand von 100 m vorhanden sein.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregung, die zu einer Änderung der Planung führt.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregung, die zu einer Änderung der Planung führt.</p>
2	Bürger 2 Stellungnahme vom 19.03.2025	<p>Zum Vorentwurf der 6. Änderung des FNP haben wir uns fristgemäß mit Antrag v. 22.6.23 bezüglich Anpassung/Umwidmung der Sonderfläche in Gömnigk Dorfstr. 34 an das Amt Brück gewandt. Gleichzeitig stellten wir einen Antrag auf Nutzungsänderung der jetzigen Einzelarztpraxis, damit eine Nutzung „wie im Dorf“ möglich wird.</p> <p>Nach Antragsannahme und dem Abwägungsvermerk „eine alternative Flächenausweisung des Grundstückes wird [...] geprüft“ sowie SV-Beschluss v. 12.12.24 findet unser Anliegen im Gegensatz zu anderen, gleich oder ähnlich gelagerten Fällen im Entwurf zur 6. Änderung FNP offensichtlich keine Berücksichtigung, d.h. es erfolgte keine Überarbeitung/Neuplanung bzgl. unserer Fläche. Die vorhandene Beplanung (vorhabenbezogener Erschließungsplan und Sonderfläche) wurde lediglich</p>	<p>Sachlich richtig.</p> <p>Der Sachverhalt wird im Rahmen des weiteren Planverfahrens erneut geprüft. Die Ausweisung als Wohnbaufläche wurde bisher aufgrund der im hinteren Teil des Grundstücks vorhandenen Bebauung abgelehnt (Bauen in zweiter und dritter Reihe). Außerdem befindet sich im Straßenbereich Wald, der bei einer Flächenumwandlung entsprechend auszugleichen ist. Zur weiteren Erklärung: Typisch für die Ortslage Gömnigk</p>

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>unverändert übernommen. Laut SV-Beschluss v. 30.5.24 „bleibt zunächst das o.g. Sondergebiet im FNP erhalten, z.B. kann eine Nachnutzung bei Aufhebung der Sondergebietsfläche nach §35 BauGB möglich sein“. Wie der Landkreis bereits 2006 entschieden hat, ist dieser Weg (§35 BauGB) nicht möglich und daher nur ein Ablenkungsmanöver von Seiten der Stadt.</p> <p>Unser Ziel ist aber weiterhin, für unsere Fläche im FNP ein Planungsrecht zu schaffen und eine Anpassung so vorzunehmen, dass eine Nutzung als gemischte Baufläche bzw. Wohnbaufläche möglich wird.</p> <p>Wiederum in Ungleichbehandlung zu anderen Fällen, und einmalig für ein FNP- Änderungsverfahren, soll unser Anliegen (breitere und flexiblere Nachnutzungsmöglichkeiten) ausschließlich in den Textteil der Begründung zum FNP (aber nicht als umgewidmete Fläche) aufgenommen werden. Dies alles wird mit „Verbindlichkeit“ betitelt, was es definitiv nicht ist. Damit sind wir nicht einverstanden. Unserem eigentlichen FNP-Antrag wurde nicht entsprochen. Zudem werden aus unserer Sicht mit der obigen Vorgehensweise die gesetzlichen Vorgaben betr. FNP-Änderungen nicht eingehalten. Unser FNP-Antrag wurde mit der Abwägung bewusst ausgesondert, mit den FNP-relevanten Aussagen im SV-Beschluss wird unser Antrag jetzt als</p>	<p>ist die Bebauung mit Wohnhäusern unmittelbar an der Straße. Rückwärtig sind meist Nebengebäude und Gärten vorhanden.</p> <p>Aufgrund der Lage der vorhandenen Gebäude handelt es sich hier um einen besonderen Einzelfall. Wird diesem stattgegeben, wird ein Präzedenzfall geschaffen, der ggf. Auswirkungen auf benachbarte Grundstücke oder ähnliche Baugesuche hat. Hinzu kommt, dass zur Erschließung von rückwärtigen Grundstücken eine innere Erschließung erforderlich ist. Darüber hinaus würde eine Bebauung von rückwärtigen Grundstücksteilen eine Überprägung der Landschaft nach sich ziehen.</p> <p>Außerdem sind in Bezug auf den Landesentwicklungsplan HR keine weiteren Entwicklungsoptionen für den Gemeindeteil Gömnigk vorhanden.</p> <p>Kenntnisnahme Kein Hinweis der zu einer Änderung der Planung führt.</p> <p>Verweis auf Abwägung zu Absatz 2 der vorliegenden Stellungnahme.</p>

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>abgehakt eingestuft. Wir haben ordentliche und sachlich begründete Anträge eingebracht, die auch durch das Amt als „nachvollziehbar“ eingestuft wurden (Herr Ryll, Frau Schwan, Frau Segl am 12.9.23).</p> <p>Wir sind erschüttert, was in Brück unter Federführung von Herrn Klenke daraus gemacht wurde. An unserem FNP-Antrag ist sinnwidrig „vorbei“ entschieden worden. Bestehende Eingrenzungen sollen fortgeschrieben werden.</p> <p>Wir sehen uns während der Bearbeitung und aufgrund der getroffenen Entscheidungen in hohem Maße gegenüber anderen Antragsstellern diskriminiert.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die angestrebte Nutzungsänderung („wie im Dorf“) kann nur gelingen, wenn die Fläche angepasst bzw. umgewidmet wird (so wie im FNP-Entwurf mit mehreren in Brück bereits ebenso beplanten Flächen praktiziert Beispiele später).</p> <p>Eine bauleitplanerische Neujustierung, die seriös und rechtssicher sein muss, ist ohne Anpassung/Neueinordnung der Fläche im FNP, lediglich über den Textteil keine Option.</p> <p>Eine derart unprofessionelle Vorgehensweise (ohne Flächenumwidmung) diskriminiert uns offensichtlich gegenüber anderen Eigentümern, die entsprechende Berücksichtigung über Umwidmungen fanden und somit auch auf wahre Verbindlichkeit vertrauen können (siehe auch BauGB u. BauNVO).</p> <p>Zudem steht lt. BauNVO ein bestehen bleibender Sonderflächenstatus einer in Aussicht gestellten</p>	<p>Sachlich nicht richtig. Es wird angemerkt, dass es nicht um die Entscheidung einer einzelnen Person handelt, sondern eines Gremiums.</p> <p>Kenntnisnahme Keine Anregung, die zu einer Änderung der Planung führt.</p> <p>Kenntnisnahme Auf die oben gemachten Ausführungen wird verwiesen.</p>

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Wohnnutzung entgegen. Bei diesem Hintergrund haben wir kein Vertrauen in die vielen schönen Worte und die suggerierten guten Absichten, denn am Ende zählt nur der offizielle FNP-Status.</p> <p>Der diskriminierenden Verfahrensweise mit uns und unserer Fläche halten wir nachfolgende Sachverhalte entgegen, die in einigen der u. g. Beispiele sogar Maßstab und ausschlaggebend für geplante Umwidmungen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Fläche hat sich historisch so entwickelt und eine bereits bedeutende bauliche Vorprägung (Zufahrt, zwei Gebäude). – Fläche ist mit allen Medien versorgt bzw. vollständig erschlossen. – Es ist eine bereits beplante Fläche, die im FNP als Sonderfläche ausgewiesen ist (eine grundlegende Neuausweisung ist nicht erforderlich, lediglich Anpassung bzw. Umwidmung nötig). – Fläche ist mit Baurecht versehen. – Fläche befindet sich zwischen bereits ausgewiesenen Wohnbauflächen (davon einmal bebaut und einmal unbebaut) bzw. gegenüber gemischten Bauflächen sowie Wohnbauflächen (alle bebaut). – Fläche schließt sich unmittelbar an vorhandene Siedlungsfläche an und liegt vorhandener Siedlungsfläche direkt gegenüber, Neuausweisungen müssen immer auf Flächenbudget angerechnet werden. Hier nicht nötig (Fläche bereits als Sonderfläche im gültigen FNP). 	

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Im Entwurf zum FNP werden in 7 Fällen bereits beplante Flächen mit gleichen oder ähnlichen, aber auch wesentlich weniger Voraussetzungen, über Anpassungen/Umwidmungen verändert ausgewiesen (aber nicht Gömnigk. Dorfstr. 34).</p> <p>Hier 6 Beispiele dazu (aus dem Entwurf zur 6. Änderung des FNP. im pdf Seite 71. Im Umweltbericht, Seite 6):</p> <p>1) Gartenstraße (Freizeit/Festplatz): 0,74ha Sonderfläche --> Gemischte Baufläche, Aufgrund Vorprägung, ohne Anrechnung auf Flächenbudget (Zusätzlich Rückgabe einer Teilfläche an Landwirtschaft)</p> <p>2) Lindenstraße: 1.251 ha Sonderfläche Wohnbaufläche (Lückenschluss zwischen zwei Wohnbauflächen) noch nicht bebaut</p> <p>3) Baitz: Gemischte Baufläche --> Wohnbaufläche</p> <p>4) Brück Zentrum: 1,96 ha Sonderfläche Wohnbaufläche</p> <p>5) Neuendorf: Gemischte Baufläche Wohnbaufläche („da es sich um eine bereits ausgewiesene und beplante Fläche handelt ist diese der Innenentwicklung zuzuordnen und nicht anzurechnen" (FNP-Entwurf 5.2.8. K5)</p> <p>6) Redaktionelle Änderung: Brück, Str. des Friedens, Karl-Friedrich-Str., Landwirtschaftliche Fläche Wohnbaufläche (weil bebaut!) - Allein dieses Beispiel ist bemerkenswert. Als Grund für die formale Umwidmung reicht hier einfach die</p>	

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>existierende Bebauung auf einer Landwirtschaftsfläche!</p> <p>Die vermeintliche Ausbilanzierung bezüglich der Eigenentwicklungsoption, die eine weitere Flächenanpassung im FNP für unseren Fall angeblich nicht mehr zulässt, bewerten wir als vorgeschobene, unbegründete und unzutreffende Behauptung, die durch keine stichhaltigen Argumente belegt wurde. Denn unter den Umwidmungen sind mehrere dabei, bei denen keine Anrechnung auf das Flächenbudget erfolgt ist. Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Brück. Gartenstr.: 0,74 ha-Umwidmung von S zu M, auch von S zu W sowie S zu Grünfläche (K2); - Neuendorf und Baitz: Flächenumwidmungen von M zu W (K5 u. K7) hier Innenentwicklung. <p>Im Beispiel Baitz (Abschnitt 6.2.6.) ist formuliert, dass „durch die bauliche Vorprägung die Fläche dem Siedlungsbestand zuzuordnen wäre“.</p> <p>Dies deckt sich mit der Aussage in einer Mail (Dez, 23) von Frau Schwan: „Da die Fläche bereits baulich vorgeprägt (sic) ist, kann die Bauleitplanung im Zuge der Innenentwicklung erfolgen. Eine Anrechnung auf die Eigenentwicklungsoption bzw. Wachstumsreserve der Stadt Brück entsprechend Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) muss dafür voraussichtlich nicht vorgenommen werden.“</p> <p>Nach dem Abgleich mit den vorliegenden Gegebenheiten ist der Punkt Eigenentwicklungsoption definitiv ohne Bedeutung. Nach Punkt 3 der 6. Änderung FNP (Erfordernis und Ziele) haben Maßnahmen der Innenentwicklung Vorrang.</p> <p>Wir hegen größte Zweifel an den aktuellen Aussagen zur vermeintlichen Ausbilanzierung und sehen uns auch hier</p>	

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>getäuscht und diskriminiert: Bei verschiedenen Flächen im FNP-Entwurf wird vieles möglich gemacht, in unserem Fall wurde offensichtlich intensiv darüber nachgedacht, das Mögliche unmöglich zu machen. Aufgrund des SV-Beschlusses v. 30.5.24 und unserer Erfahrungen mit der Meinungsführerschaft in der Brücker Stadtpolitik, müssen wir real befürchten, dass neue und zusätzliche Beschränkungen festgeschrieben werden, explizit für Familie Schemel.</p> <p>Unser Misstrauen verstärkt hat folgender Umstand:</p> <p>Bei allen Veranstaltungen während der Bearbeitung (insbes. auch am 18.4.24) wurde bezüglich FNP immer davon geredet, die Fläche anzupassen, nie davon, die Sonderfläche zu belassen bzw. aufzuheben (Frau Segl 18.4.24: „wäre großes Risiko für die Zukunft“). Auch aufgrund der von Frau Schwan am 18.4.24 vorgestellten Optionen, mussten wir davon ausgehen, dass ein gangbarer Weg gesucht und gefunden wird, um die Fläche im FNP, als Voraussetzung für die angestrebte breitere und flexiblere Folgenutzung, entsprechend umgewidmet bzw. angepasst auszuweisen (Gemischte Baufläche/Wohnbaufläche). Auch hier wurden wir getäuscht. Anstatt wirklich auf Augenhöhe mit uns zu sprechen, wurde über uns hinweg entschieden. Selbst unser Antrag, die aus unserer Sicht untaugliche SV-Beschlussvorlage am 30.5.24 nochmal zurückzustellen, wurde kategorisch abgelehnt.</p> <p>Anmerkung: wir hatten einen Vorschlag gemacht, wie man die umzuwidmende Fläche unmittelbar hinter der Bebauung begrenzen könnte. Dadurch könnte die geplante Fläche wesentlich reduziert werden. Fast 2.000 m² der Sonderfläche könnten wieder als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen werden (wie im Beispiel</p>	

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Gartenstr., unbeanspruchte Teilfläche von S zu LW). Auch hier zeigt sich der diskriminierende Umgang mit uns und unserer Fläche und zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Vorgang - von der Antragstellung bis heute: Unser eigentliches Anliegen wurde nicht wirklich gehört, abgeschmettert und mit Scheinlösungen belegt, die uns weder weiterhelfen noch rechtssicher oder zukunftsfähig sind.</p> <p>Wie widersinnig und absurd zugleich ist es, wenn öffentlich mitgeteilt wird, dass „die Stadt einen Arzt in Gömnigk nie wollte und nicht will“ (unüberhörbar Herr Klenke am 18.4.24), obwohl dafür alles beplant, genehmigt und gebaut wurde?</p> <p>Zur Erinnerung: Hier betrieb Doris Schemel 11 Jahre lang zum Wohle vieler Patienten erfolgreich eine Allgemeinärztliche Praxis!</p> <p>Jedoch jetzt, nach dieser (für manche Wortführer in Brück so missliebigen) Zeit in freier Selbstbestimmung über unser Eigentum am Dorfrand verfügen und es eigenverantwortlich nutzen zu können, wie alle anderen im Dorf auch - das wird uns von vornherein durch ein eigens für uns „modifiziertes FNP-Verfahren“ verbaut. Als „spezielle Lösung“ wird ein Nutzungs-FNP-Konstrukt aufgebaut, das einer fairen und rechtssicheren Neuordnung unter Berücksichtigung der Vorprägung und dessen was im Dorf möglich ist, nicht wirklich dienen kann, sondern entgegensteht.</p> <p>Einziges Ansinnen scheint zu sein, uns weiterhin zu knebeln. Unter Ziele der 6. Änderung FNP (Pkt.3.4.) heißt es: im FNP-Verfahren „sollen vorangegangene Planungen unter Berücksichtigung der vorliegenden verbindlichen Bauleitplanungen aktualisiert und</p>	

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>zusammengeführt werden". Genau diese Aktualisierung haben wir beantragt und ausgiebig begründet. Und obgleich die Stadt ihre wahre „Wertschätzung“ und ablehnende Positionierung zur Praxis deutlich geäußert hat, sollen wir entgegen der o.g. FNP-Vorgaben und -Möglichkeiten Spielball einer höchst widersprüchlichen, nicht mehr zeitgemäßen Bauleitplanung bleiben!</p> <p>Um eine vernünftige, mit dem Dorf vergleichbare, gleichberechtigte und eigenverantwortliche Folgenutzungslösung zu torpedieren, wird jeder nur mögliche Verhinderungsvorwand (siehe oben) aus dem Ärmel gezogen. Es wäre aufgrund der veränderten Situation nur folgerichtig, unsere Fläche im FNP entsprechend anzupassen.</p> <p>Zusammenfassend wird mehr als offensichtlich, wie diskriminierend und missbräuchlich mit uns und unseren Anträgen umgegangen wird, wie verhindert wird, anstatt wahrhaftig zu helfen, wie wir nach wie vor gegängelt und drangsaliert werden, wie unwürdig und unehrlich hier agiert wird, wie zynisch wir abgespeist werden sollen.</p> <p>Wir erwarten gegenüber dem jetzigen Entwurf eine Anpassung bzw. Umwidmung unserer Fläche in gemischte Baufläche bzw. Wohnbaufläche, so dass für uns eine Nutzung und Entwicklung wie im Dorf möglich wird rechtssicher und ohne Diskriminierung.</p> <p>P.S.: Die Grundstücke, die in den 50-iger Jahren von unserer Familie an die Familien W. Stuhlmann (Dorfstr. 33) und W. Hoffmann (Dorfstr. 32) sowie in den 70-ern an Fam. Kluge (Dorfstr. 35) zwecks Errichtung von Eigenheimen veräußert wurden, konnten diese Familien dagegen ohne außergewöhnliche Einschränkungen frei</p>	

Lfd Nr.	Einwender	Stellungnahme	Abwägung
		<p>und stetig weiterentwickeln. Selbst im Außenbereich wurden durch Neueigentümer (vorher Stuhlmann) Wochenendhäuser/Wohnhäuser(?) errichtet!</p> <p>Dadurch konnte sich hier, wenige Meter entfernt von Dorfstr. 34, das Dorf erweitern und entwickeln, primär möglich geworden durch Famine Schemel und die Gemeindeverwaltung Gömnigk!</p>	